

Politische Westbeziehungen des Reiches im Spätmittelalter. Westliche Kultur und Westpolitik unter den Luxemburgern

VON MARTIN KINTZINGER

Wie kaum ein anderes Arbeitsgebiet der mediävistischen Geschichtswissenschaft rückt die Erforschung der internationalen Beziehungen und der auswärtigen Politik nach langer Vernachlässigung neuerdings ins Zentrum des wissenschaftlichen Interesses. Verbunden ist damit ein Wandel der methodischen Fragestellungen: von einer dem Ordnungsmuster moderner Nationalstaatlichkeit folgenden Bearbeitung zu einem kulturhistorisch fundierten Ansatz, der Politik- und Diplomatiegeschichte in sich schließt und notwendig international ausgerichtet ist. Beide Ansätze stehen einander heute ergänzend gegenüber. 1998 verortete MATTHEW SMITH ANDERSON nach traditionaler Manier die Anfänge des modernen europäischen Staatensystems »between those two traditional historical signposts, the French invasion of Italy in 1494 and the beginning of the Thirty Years War in 1618«¹⁾. Erst in den letzten Jahren der überlicherweise als Mittelalter geltenden Epoche sieht er Neues entstehen, das auf kommende Zeiten vorausweist. Zu den internationalen Beziehungen, wie sie das moderne Staatensystem kennzeichnen, ließ sich demnach im Mittelalter keinerlei Entsprechung oder Vorform feststellen. Sollten jene Skeptiker unserer Gegenwart Recht behalten, die mit dem unerwartet heftigen Aufbrechen regionaler und nationaler Konflikte der vergangenen zehn Jahre ein *nouveau moyen âge* heraufziehen sahen? 1993 verstand der Publizist ALAIN MINC darunter den Verlust von Zentralität, traditionaler Ordnung und Orientierung, den Konfliktaustrag nach freiem Spiel der Kräfte und eine Machtkonzentration jenseits wie unterhalb legaler Autorität: »Le nouveau Moyen Âge, comme l'ancien, correspond à un monde décentré, mobile où rien n'est définitivement acquis«²⁾. Gab es also

1) MATTHEW SMITH ANDERSON, *The origins of the modern European state system 1494–1618*. London/New York 1998, S. 1. Den chronologischen und methodischen Ansatz vgl. bereits bei EDUARD FUETER, *Geschichte des europäischen Staatensystems von 1492–1559* (Handbuch der mittelalterlichen und neueren Geschichte, Abt. II. Politische Geschichte) München/Berlin 1919.

2) ALAIN MINC, *Le nouveau Moyen Âge*. Paris 1993, S. 67. Minc sah sich zu seiner Analyse durch den Ausbruch der Konflikte auf dem Balkan nach dem Ende des Kalten Krieges veranlaßt. Vor anderem zeithistorischem Hintergrund, aber mit ähnlicher Tendenz schrieb bereits 1924 Nikolaj Berdjajew über »das neue Mittelalter«. Dazu JACQUES LE GOFF, *Das mittelalterliche Europa und das Europa von morgen* (Erstdruck in niederländischer Sprache 1992). Nach dem französischen Manuskript übersetzt in: DERS., *Das alte Europa und die Welt der Moderne*. München 1996, S. 63–107, hier S. 67.

keine funktionierenden Verständigungsmittel zwischen den Regna des spätmittelalterlichen Europa?

In der aktuellen Mittelalterforschung kommt man zu einer anderen Bewertung. Eine grundlegende Vorannahme ist dafür allerdings erforderlich: Aufgegeben werden muß die Vorstellung, daß erst institutionelle Staatlichkeit Grundlage für internationale Beziehungen sein müsse und daß diese stets in den Bahnen abzulaufen hätten, die denjenigen modernen staatspolitischen Handelns entsprächen³). Von den »schiefer zahllosen Möglichkeiten der gegenseitigen Einflußnahme in einem komplizierten Geflecht herrschaftlicher, sozialer, religiöser und anderer Beziehungen« sprach 1999 ACHIM THOMAS HACK, um das Verhältnis von Kaiser und Papst zu beschreiben⁴). Derartige Beziehungen schöpften aus einem dem europäischen Adel gemeinsamen Reservoir kultureller Traditionen, derer sich Höfe und Herrscher bedienten, um miteinander zu kommunizieren. Außenpolitisches Handeln erforderte solche Akteure, die ihre »Handlungsbereiche und die politischen Spielräume« entsprechend auszuschöpfen vermochten⁵). Dies galt für Herrscher auf dem offiziellen Parkett der diplomatischen Begegnungen zwischen den Reichen ebenso wie für Angehörige ihres Gefolges und Hofes, einflußreiche Adelige und Kleriker sowie Funktionsträger der verschiedensten Ebenen im internationalen Kontakt. Vor allem von WERNER PARAVICINI sind derartige Spielregeln der Adels- und Hofkultur für das europäische Spätmittelalter beschrieben worden. PHILIPPE CONTAMINE hat gezeigt, daß das Gemeinsame solcher kultureller Traditionen im 14. und 15. Jahrhundert eine »véritable communauté internationale« entstehen ließ⁶).

3) Grundsätzliche Überlegungen dazu bei DIETER BERG, Deutschland und seine Nachbarn 1200–1500 (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 40) München 1997, S. 1–4 u. ö.

4) ACHIM THOMAS HACK, Das Empfangszeremoniell bei mittelalterlichen Papst-Kaiser-Treffen. Forschungen zur Kaiser- und Papstgeschichte des Mittelalters. Beihefte zu J. F. Böhmer, Regesta Imperii. Köln/Weimar/Wien 1999, hier S. 1. Vgl. auch MICHAEL RICHARD BRABÄNDER, Die Einflußnahme auswärtiger Mächte auf die deutsche Königswahlpolitik vom Interregnum bis zur Erhebung Karls IV. (Europäische Hochschulschriften, Reihe 3, Bd. 590) Frankfurt/M. u. a. 1997.

5) ARND REITEMEIER, Aussenpolitik im Spätmittelalter. Die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Reich und England 1377–1422 (Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London. Bd. 45) Paderborn/München/Wien/Zürich 1999, S. 22.

6) Exemplarisch: WERNER PARAVICINI, Die Preußenreisen des europäischen Adels, Bde. 1.2. (Beihefte der Francia, Bde. 17/1.2.) Sigmaringen 1989 und 1994. Dazu auch der Beitrag im vorliegenden Band. PHILIPPE CONTAMINE, La guerre de Cent Ans. France et Angleterre. Paris ²1994, S. 242. Als Einführung in den Gegenstand zum späten Mittelalter PARAVICINI, Die ritterlich-höfische Kultur des Mittelalters (Enzyklopädie deutscher Geschichte, 32) München 1994. Für das hohe Mittelalter GERD ALTHOFF, Spielregeln der Politik im Mittelalter. Kommunikation in Friede und Fehde. Darmstadt 1997. Zur Adelskultur ANDREAS RANFT, Adelsgesellschaften, Gruppenbildung und Genossenschaft im spätmittelalterlichen Reich (Kieler Historische Studien, 38) Sigmaringen 1994, bes. S. 107–116, 171–179. Vgl. MARTIN KINTZINGER, Communicatio personarum in domo. Begriff und Verständnis einer Mitteilung von Wissen, Rat und Handlungsabsichten, in: Kommunikationspraxis und Korre-

Zweifellos muß seit dem Ende der Stauferzeit von einem dramatischen Geltungsverlust der Universalautoritäten ausgegangen werden. Gerade angesichts dessen aber formten die politischen Entscheidungsträger während des 13. bis 15. Jahrhunderts Verfahren und Umgangformen aus, die international als Ordnungsmuster und Bewertungskategorien politischen Handelns und als Verfahrens- und Verständigungsformen im diplomatischen Verkehr angewandt wurden⁷⁾. Indem man sich auf Formen internationaler Kommunikation verständigte, stellte man das Instrumentarium bereit, um grenzübergreifende Konflikte zu lösen, die großen Herausforderungen innerer wie äußerer Unruhen zu bestehen und den »Normalfall« politischer Beziehungen zu handhaben. In der Entwicklung dieser Instrumentarien innerhalb der europäischen Adelskultur der Jahrhunderte des Spätmittelalters – nicht nur in politischen oder militärischen Einzelereignissen – lag der Ursprung moderner Internationalität begründet, der auswärtigen Politik und internationaler Beziehungen wie erster völkerrechtlicher Konzeptionen⁸⁾. In diesem Kontext wird auch verständlich, was unter politischen Westbeziehungen des Reiches im spätmittelalterlichen Europa zu verstehen ist – weil das Reservoir gemeinsamer kultureller Traditionen des europäischen Adels, als funktionale Grundlage der Außenbeziehungen des Reiches, für eine dezidiert »westliche« Tradition stand⁹⁾.

Im folgenden werde ich zunächst nach den Dimensionen fragen, die das Thema »Deutschland und der Westen Europas« in kultur- wie politikhistorischer Hinsicht eröffnet und danach, welche methodischen Vorüberlegungen für eine Untersuchung der Westbeziehungen des Reiches im diesem Rahmen erforderlich sind. Sodann wird Westeuropa als Raum internationaler politischer Kommunikation vorzustellen sein, deren Spielregeln es zu beschreiben gilt. Die insoweit systematisch angelegten Ausführungen werden anhand der historischen Realität insbesondere aus der Regierungszeit der Luxemburger exemplifi-

spondenzwesen im Mittelalter und in der Renaissance. Hg. HEINZ-DIETER HEIMANN, IVAN HLAVÁČEK. Paderborn 1998, S. 137–163.

7) Zum Einfluß gelehrter Konzeptionen auf die praktische Politik jetzt JÜRGEN MIETHKE, Wirkungen politischer Theorie auf die Praxis der Politik im Römischen Reich des 14. Jahrhunderts. Gelehrte Politikberatung am Hofe Ludwigs des Bayern, in: Politisches Denken und die Wirklichkeit der Macht im Mittelalter. Hg. JOSEPH CANNING, OTTO GERHARD OEXLE. Göttingen 1998, S. 173–210.

8) Ganz ähnlich ist die Entstehung völkerrechtlichen Denkens bislang gewöhnlich mit der Entdeckung der Neuen Welt erklärt worden. Demgegenüber wird künftig stärker auf mittelalterliche Vorformen in der europäischen Adelskultur zu achten sein. Dazu bereite ich gegenwärtig ein Forschungsprojekt vor, unter dem Titel »Verrechtlichung der Internationalität. Vor- und Frühformen des Völkerrechts in theoretischer Reflexion und politisch-diplomatischer Praxis (15. bis 17. Jahrhundert)«.

9) Hierzu jetzt im einzelnen: MARTIN KINTZINGER, Westbindungen im europäischen Spätmittelalter. Auswärtige Politik zwischen dem Reich, Frankreich, Burgund und England in der Regierungszeit Kaiser Sigmunds (Mittelalter-Forschungen, Bd. 3) Stuttgart 2000. Vgl. künftig die Beiträge eines internationalen Symposiums: Auswärtige Politik und internationale Beziehungen im Mittelalter (13. bis 15. Jahrhundert). Hg. DIETER BERG, MARTIN KINTZINGER, PIERRE MONNET.

ziert. Dabei ist, in sachlicher Zuordnung, nach den Trägern der politischen Kommunikation zu fragen, nach deren Erscheinungsformen und den erkennbaren politischen Absichten. Weniger um Details und Einzelereignisse soll es dabei gehen, als mehr um das systematische Nachzeichnen der Entwicklungslinien. Der Chronologie wird deshalb nur dann entsprochen, wenn die Westpolitik der Herrscher des spätmittelalterlichen römisch-deutschen Reiches in ihrer Aufeinanderfolge zu beschreiben ist. In den strukturell argumentierenden Ausführungen sind Einzelereignisse hingegen exemplarisch heranzuziehen¹⁰⁾.

1. DEUTSCHLAND UND WESTEUROPA

Gerade aus den Erfahrungen der Gegenwart scheint es naheliegend, daß »Deutschland und der Westen Europas« das Verhältnis zweier zwangsläufig aufeinander bezogener Einheiten beschreibe, jenes der kleinere, dieses der größere Teil eines Ganzen sei.

Die historische Realität war aber komplexer, wie ein Vergleich zeigen kann. Vor allem die ungarische Geschichtswissenschaft hatte in den Zeiten des Kalten Krieges darauf insistiert, das heutige Polen, Ungarn und Tschechien zwar selbstverständlich zu Europa zu zählen, aber von den westlichen Ländern abzuheben und – vor allem – von Osteuropa, insbesondere Rußland, kategorisch zu unterscheiden¹¹⁾. Seither ist es üblich geworden, diese drei historischen Regionen als Ostmitteleuropa zu bezeichnen.

Von einem Westmitteleuropa wird hingegen nicht gesprochen und vielfach ist doch etwas ähnliches gemeint: die kulturelle Nähe der Länder und Reiche in der regionalen Mitte des westlichen Europa. Dahinter steht eine lange Tradition: Daß Karls des Großen Panegyriker ihn einen Pater Europae nannten, zielte vornehmlich auf die integrative Wirkung seiner Herrschaft im Westen des Kontinents und erst danach auf die Expansion fränkischer Herrschaft an der Ostgrenze¹²⁾.

10) Grundsätzlich wird im folgenden Politik des Reiches als Politik der Könige und Kaiser beschrieben, fallweise auch der Reichsfürsten. Darüber hinausgehende Aktivitäten des Adels und der Städte oder auch kirchlicher Einrichtungen bleiben an dieser Stelle unberücksichtigt. Hierzu stehen grundlegende Forschungen im übrigen noch aus. Zur kommunalen Politik künftig: PIERRE MONNET, Possibilités et limites d'une diplomatie urbaine dans l'Allemagne de la fin du Moyen Âge: Francfort-sur-le-Main, ville d'Empire, in: Auswärtige Politik und internationale Beziehungen (wie Anm. 9).

11) JENŐ SZÜCS, Die drei historischen Regionen Europas. Dt. Ausg. Frankfurt/M. 1990. Vgl. dazu HAGEN SCHULZE, Die Wiederkehr Europas. Berlin 1990.

12) Exemplarisch sei nur auf die neueste Veröffentlichung zum Thema hingewiesen: Karl der Große in Renaissance und Moderne. Zur Rezeptionsgeschichte und Instrumentalisierung eines Herrscherbildes. Hg. FRANZ-REINER ERKENS (Das Mittelalter, Bd. 4) Berlin 1999.

2. KULTURELLE TRADITIONEN IM WESTEN

Die Länder – und das heißt stets die historischen Regionen und ihre kulturelle Tradition – Westeuropas verstehen wir als deutlich unterschieden von denen des Ostens und auch als anders gegenüber denen des Südens und Nordens. Die skandinavischen Länder, aber auch Mittel- und Süditalien oder die iberische Halbinsel sind mit dem »Westen Europas« nicht gemeint, jedenfalls nicht in erster Linie. Vielmehr geht es dabei um Norditalien und das normannische England, vor allem um Frankreich. Unter der Beziehung Deutschlands zum Westen Europas wird zumeist, nochmals verengt, das deutsch-französische Verhältnis verstanden, näherhin vor allem der Einfluß Frankreichs auf Deutschland, weniger auch in umgekehrter Richtung. In der geopolitischen Mitte Westeuropas läßt sich demnach ein historischer Raum eingrenzen, der kulturell stark von Frankreich geprägt war, zu dem Deutschland hinzugehörte und der sich als Westeuropa im engeren Sinn verstehen ließe. Die politischen Westbeziehungen des Reiches spielten sich hauptsächlich in diesem Raum ab¹³.

Was im Versailles der frühen Neuzeit kulminierte, hatte durchaus mittelalterliche Wurzeln: die Vorbildfunktion des Königshofes und der Adelskultur in Frankreich für die übrigen Monarchien Westeuropas, vor allem Deutschlands¹⁴. Daß kulturelle Imitation den politischen Gegebenheiten oft nicht entsprach und die ökonomischen Bedingungen überforderte, gehörte zur Rezeption französischer Hofkultur im deutschen Adel – auch schon im »Herbst des Mittelalters«, wie ihn JOHAN HUIZINGA beschrieb¹⁵. Andererseits entstand Bleibendes oft erst durch diese Rezeption. Neben der Hofkultur ist hierfür auch an die Wissenschaftstradition zu erinnern, von der Migration deutscher Scholaren nach Frankreich im 12. Jahrhundert bis zur Übertragung des Pariser Modells als prägendem Muster

13) In Peter Moraws Beschreibung der europäischen Geschichte des Spätmittelalters wird analog das ältere Europa, darunter Frankreich und England, dem jüngeren, den Ländern des Ostens und Nordens gegenübergestellt – dieses dadurch gekennzeichnet, daß es Konflikte nicht mehr vorrangig dynastisch, sondern machtpolitisch austrug. Das römisch-deutsche Reich war nach dieser Zuordnung, wie so oft, geteilt. Mit der Verlagerung des politischen Zentrums vom Westen in den Osten mit und seit den Luxemburgern dominierten nun jene Teile des Reiches das Geschehen, die zum jüngeren Europa gezählt werden können. PETER MORAW, *Entwicklungsunterschiede und Entwicklungsausgleich im deutschen und europäischen Mittelalter*, in: Hochfinanz, Wirtschaftsräume, Innovationen. Festschrift Wolfgang von Stromer. Hg. UWE BESTMANN, FRANZ IRSIGLER, JÜRGEN SCHNEIDER, Bd. 2, Trier 1987, S. 583–622. DERS., *Der Lebensweg der Studenten*, in: *Geschichte der Universität in Europa*. Hg. WALTER RÜEGG, Bd. 1 Mittelalter. München 1993, S. 227–254.

14) Vgl. zuletzt die Beiträge des Sammelbandes: *Höfe und Hofordnungen 1200–1600*. Hg. HOLGER KRUSE, WERNER PARAVICINI (Residenzenforschung, Bd. 10) Sigmaringen 1999, bes. die Darstellung der deutschen Beispiele unter »III. Nachahmer? Deutsche Könige, Kurfürsten, Fürsten und Grafen«.

15) JOHAN HUIZINGA, *Herbst des Mittelalters. Studien über Lebens- und Geistesformen des 14. und 15. Jahrhunderts in Frankreich und in den Niederlanden*. Hg. Kurt Köster (nach der deutschen Ausgabe letzter Hand) Stuttgart 1987.

der Universitätsverfassung nördlich der Alpen und besonders im Reich seit Gründung der Universität Prag 1374¹⁶⁾.

Nicht nur als Relation des Teiles im Ganzen erscheint somit das Verhältnis Deutschlands zum Westen Europas, sondern als wechselseitige Beziehung, die durch Traditionsprägung und Rezeption, mitunter durch Gegenseitigkeit bestimmt war. Sie gingen deutlich hinaus über das Muster von Vorbild und Abbild. Solche Beziehungen konnte das römisch-deutsche Reich zu anderen Regna unterhalten, als bilaterale wie als multilaterale Kontakte.

Das deutsch-französische oder deutsch-englische Verhältnis ließe sich entsprechend beschreiben. In politischer Hinsicht waren diese beiden Verhältnisse zwischen jeweils zwei Regna entwickelt worden bzw. zwischen dem Imperium und dem *Regnum Franciae* einerseits, dem *Regnum Angliae* andererseits. Hinsichtlich deren kultureller Traditionen aber handelte es sich um einen gemeinsamen Entwicklungsraum, der über den politischen Differenzen und aktuellen Konflikten stand. Über bilaterale Kontakte hinaus wirkte ein französisch-englisch dominierter Kulturraum, den im übrigen auch Kastilien und Aragón durchaus mitgestalteten, auf das römisch-deutsche Reich als Adressaten von dessen Westbeziehungen ein. Für die Gegner des Hundertjährigen Krieges hat PHILIPPE CONTAMINE die breiten Gemeinsamkeiten im Verhaltensmuster der Eliten wie im täglichen Lebensvollzug vor allem des Adels gekennzeichnet. Ihre »*cultur et civilisation commune*« strahlte auf die Nachbarn des europäischen Kontinents aus¹⁷⁾.

Der Unterschied zwischen Ursprungsland und Rezeptionsraum trat zurück hinter einer Differenzierung von Erscheinungsformen gemeinsamer Tradition. Sie läßt sich über eine Beziehungsgeschichte hinaus komparatistisch beschreiben.¹⁸⁾ Neue Fragen sind damit aufgegeben: Unter welchen Voraussetzungen lassen sich die Adels- und Hofkultur, die Wissenschaftstradition und das Alltagsleben vergleichen, zwischen Deutschland und Frankreich beispielsweise, somit zwischen dem Reich und dem französisch-englisch bestimmten Kulturraum, oder zwischen West- und Ostmitteleuropa, vielleicht gar zwischen Europa und außereuropäischen Kulturen? PHILIPPE CONTAMINE resümiert seine Beobachtungen zu Frankreich und England mit der Feststellung, daß »*les deux peuples affrontés étaient semblables*« und spricht von einer »*similitude des attitudes, des modes de vie, de la culture*«¹⁹⁾. Daß Lebenspraktiken und Kulturtechniken durch gesellschaftliches Lernen gene-

16) Vgl. JOACHIM EHLERS, Deutsche Scholaren in Frankreich während des 12. Jahrhunderts, in: Ders., *Ausgewählte Aufsätze* (Berliner Historische Studien 21) Berlin 1996, S. 163–190, und den Beitrag von FRANK REXROTH im vorliegenden Band.

17) CONTAMINE, *La guerre de Cent Ans* (wie Anm. 6), S. 10.

18) Diesem Ansatz verpflichtet ist das an der Berliner Humboldt-Universität neu gegründete Institut für Vergleichende Geschichte Europas im Mittelalter unter Leitung von Michael Borgolte.

19) CONTAMINE, *La guerre de Cent Ans* (wie Anm. 6), S. 10, 242. Eine stärkere Beachtung der internationalen Dimensionen wird auch angemahnt bei ANNE CURRY, *The Hundred Years War*. London 1993, S. 132.

riert werden, steht außer Zweifel. Damit ist nicht nur schulmäßiges Erlernen angesprochen, sondern gerade auch das Aneignen und Verfügbarhalten gemeinsamer Wertsetzungen und Verhaltensformen, nach JAN ASSMANN das »Verfahren kulturell geformter Erinnerung«. Lernen und Memorieren als Ausdruck ständischer Selbstzuordnung hat MICHEL HÉBERT in einer Untersuchung über Kommunikation und politische Gesellschaft des Spätmittelalters als gesellschaftliches Erziehungsniveau bezeichnet²⁰.

3. DEUTSCHLAND UND DAS REICH. ANEIGNUNG DER TRADITION

Das römisch-deutsche Reich gehörte der kulturellen Tradition Westeuropas an und repräsentierte diese ebenso wie die übrigen Regna. Es mag in diesem Beziehungsgeflecht mehr empfangen als gegeben haben; seine unterscheidende Eigenart lag in etwas anderem: der Tatsache, daß seine Grenzen nach West- wie Süd- und Nordeuropa und zugleich nach Ost- und Ostmitteleuropa wiesen. Jene Phänomene, die den Westen charakterisierten und vom Osten unterscheiden ließen, wurden als Ausdruck einer gemeinsamen religiös-kulturellen Tradition und eines übergreifenden Kulturraumes verstanden, weniger als Kennzeichen von einzelnen Herrschaftsverbänden, Nationen oder Regna. In der Ausprägung einer westeuropäischen Adelskultur bildeten Frankreich und England eher eine Einheit als Böhmen und das Rheinland innerhalb des Reiches.

Neues Nachdenken über derartige Selbst- und Fremdzunordnungen wurde durch eine allen christlichen Ländern Europas gleichermaßen drohende Gefahr seit dem späten 14. Jahrhundert ausgelöst. Durch die Türkenkriege war das gesamte Abendland bedroht, die östlichen Regna sogar weit mehr als die westlichen. Den Franzosen und Engländern galt die Türkenbedrohung allenfalls als ritterliche Herausforderung, für die christlichen Anrainer jenseits der Grenzen des römisch-deutschen Reiches, Ungarn vor allem, stellte sie hingegen eine existentielle Bedrohung dar²¹.

Gegen die Türken standen die Kräfte des Westens, die Repräsentanten der abendländisch-christlichen Ritterkultur also zusammen – auch wenn sie aus dem Osten Mitteleuropas stammten. Grenzen und Zuordnungen verändern sich je nach der aktuellen Lage und je

20) JAN ASSMANN, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: *Kultur und Gedächtnis*. Hg. DERS., TONIO HÖLSCHER. Frankfurt/M. 1988, S. 9–19, hier S. 9. MICHEL HÉBERT, *Communications et société politique: Les villes et l'état en Provence aux XIVe et XVe siècles*, in: *La circulation des nouvelles au moyen âge. XXIVe congrès de la S.H.M.E.S. (Collection de l'école française de Rome, Bd. 190. Société des historiens médiévistes de l'enseignement supérieur public. Série Histoire ancienne et médiévale, Bd. 29) Paris/Rom 1994, S. 231–242, hier S. 241. Dazu auch RANFT, *Adelsgesellschaften* (wie Anm. 6), passim.*

21) Exemplarisch MARTIN KINTZINGER, *Sigismund, roi de Hongrie, et la croisade*, in: *Annales de Bourgogne*, Bd. 44. Hg. JACQUES PAVIOT, MARTINE CHAUNEY-BOUILLOT. Dijon 1997, S. 23–33. NORMAN HOUSLEY, *The later crusades, 1274–1580. From Lyon to Alcazar*. Oxford 1992.

nach den Bedeutungs- und Bewertungskriterien, die Zeitgenossen und Nachlebende anlegen.

Damit ist die Frage aufgeworfen nach dem Verhältnis des geschilderten multinationalen Kulturraumes zur politischen und Verfassungssituation der in ihm lokalisierten Reiche und zur Struktur der politischen Beziehungen. Das Reich hatte mit der Franche-Comté Anteil am Zentrum der französisch-burgundischen Hofkultur, die von nachhaltiger Prägekraft für den Adel des römisch-deutschen Reiches gewesen ist. Hingegen gelang es in der östlichen Grenzregion kaum, zwischen den Traditionen dies- und jenseits der Grenzen zu vermitteln; dort blieb man sich fremd. Keine andere Dynastie des europäischen Spätmittelalters war von dieser Spannung derart unmittelbar berührt wie die Luxemburger.

Fragen wir daher zunächst nach der Differenzierung westlicher und östlicher Traditionen, wie sie an diesen Zusammenhängen deutlich wird und woraus sich die Rahmenbedingungen ergaben für die Entwicklung einer Westpolitik des Reiches. Sodann wenden wir uns den Luxemburgern in der Zeit ihrer Königsherrschaft im Reich zu und fragen danach, wie sie die Westbeziehungen des Reiches gestalteten, welche Absichten sie verfolgten, welche Mittel sie einsetzten und ob sie die gesetzten Ziele erreichten. Dabei werden wir stets nach dem Zusammenhang von kultureller Tradition in Westeuropa und den politischen Gestaltungsmöglichkeiten des Reiches zu fragen haben. Wir beginnen mit einer strukturellen Gegenüberstellung von Selbsteinschätzung und Fremdbewertung zwischen der westlichen und östlichen europäischen Adelskultur, die zugleich in einem ersten Überblick wesentliche Charakteristika der Luxemburger Reichspolitik markiert.

4. EXKURS: SELBSTVERORTUNG UND FREMDBEWERTUNG ZWISCHEN WEST UND OST

Daß zwischen politischen Absichten und kulturellen Traditionen enge Berührungen bestanden und gerade darin Unterschiede zwischen West und Ost besonders deutlich wurden, war den Zeitgenossen sehr wohl bewußt. Ein eindrückliches Beispiel mag den Vergleich verdeutlichen. Ausgreifende Heiratspläne waren 1372/73 von Kaiser Karl IV. und Ludwig I. von Ungarn und Polen vereinbart worden, um beider Herrschaftsbereiche nach Ludwigs Tod zusammenzuführen²²⁾.

Ludwigs Tochter Maria sollte deshalb Karls Sohn Sigmund heiraten und nach beider Verlobung 1375 wurde der siebenjährige Luxemburger – im gleichen Alter und im selben Habitus wie einst sein Vater nach Paris – zur Erziehung an den Hof Königs Ludwigs gegeben. Dieser, Angehöriger des Hauses Anjou-Neapel, galt seinen Zeitgenossen als Inbegriff eines ritterlichen, gebildeten Fürsten, stand darin aber gerade nicht für eine ostmitteleuro-

22) JÖRG K. HOENSCH, *Kaiser Sigismund. Herrscher an der Schwelle zur Neuzeit. 1368–1437*. München 1996, S. 41 u. ö. Vgl. auch ders., *Die Luxemburger*. Stuttgart u. a. 2000.

päische, sondern für die westliche Tradition: »Das Idealbild eines Herrschers, wie es ihm Vater Karl vorgelebt hatte, vor allem aber die Glorifizierung der kaiserlichen Majestät durch Geschichtsschreibung, die höfische Kunst und die in seiner Anwesenheit einzuhaltenden Rituale, muß Sigmund früh verinnerlicht haben«²³⁾.

Politisch allerdings gelang es Sigmund nicht, seinen und seines Vaters Plan zur Herrschaftsnachfolge in Polen und Ungarn durchzusetzen. Vielfacher Widerstand dagegen wurde laut und die polnischen Stände widersetzten sich mit solcher Entschiedenheit, daß das Vorhaben geändert werden mußte. Maria sollte statt dessen nur das ungarische Erbe ihres Vaters führen. Auch die ungarischen Stände waren dieser Lösung nicht zugetan, akzeptieren sie aber im ganzen. Allerdings legten sie Wert darauf, Maria vor und betont unabhängig von ihrer Heirat 1382 zum *Rex Hungariae* krönen zu lassen – ein verfassungsgeschichtlich singuläres Ereignis. Den polnischen wie den ungarischen Baronen ging es darum, eine Fortsetzung der Herrschaft König Ludwigs durch einen Luxemburger zu unterbinden oder zumindest den Anspruch zu erheben, daß die eigenen Traditionen und Rechte nicht hinter einer Usurpation durch westliche Herrschaftsformen zurückstehen dürften²⁴⁾. Erneut mag ein Vergleich nützlich sein. Während in Ungarn, wenn auch erstmals in der Geschichte, eine Frau zum *Rex* gekrönt wurde, war man in Frankreich darum bemüht, den angeblichen Ausschluß weiblicher Thronfolge nach der *Lex Salica* gegen die Usurpationsansprüche Englands zur Geltung zu bringen²⁵⁾. Sehr genau ließ sich das *Corpus mysticum* der Königin von jenem des Königs unterscheiden, womit dieser eine höhere sakrale Weihe besaß – die wiederum verhinderte, daß man während dreißig Jahren einen schizophren-depressiven König (Karl VI.) auch de iure hätte seines Amtes entheben können, was durch die Fürsten von Geblüt faktisch längst geschehen war²⁶⁾.

Im römisch-deutschen Reich konnte man zwar immerhin einen Schritt weiter gehen als in Frankreich und 1400 den erwiesenermaßen unfähigen und unwürdigen Wenzel vom deutschen Thron entfernen, doch zeigten die Dauer und der Aufwand des *Procedere*, nicht zuletzt auch die Möglichkeit, daß Wenzel sich unbeirrt weiterhin als rechtmäßiger deutscher König verstand, wie sehr man sich der Ungeheuerlichkeit dieses Schrittes bewußt blieb.

23) HOENSCH, Sigismund, ebd., S. 46.

24) HOENSCH, ebd., S. 50, spricht von nationalen Vorurteilen »gegen den als ›Deutschen‹ eingestuften Luxemburger«.

25) Vgl. JEAN-PIERRE BAYARD, *Sacres et couronnements royaux*. Paris 1984. Künftig MARTIN KINTZINGER, *Die zwei Frauen des Königs. Zum politischen Handlungsspielraum von Fürstinnen im europäischen Spätmittelalter*, in: *Francia*.

26) Zum Hintergrund BERTRAND SCHNERB, *Les Armagnac et les Bourguignons. La maudite guerre*. Paris 1988. Heribert Müller, *Karl VI.*, in: *Die französischen Könige des Mittelalters. Von Odo bis Karl VIII. 888–1498*. Hg. JOACHIM EHLERS, HERIBERT MÜLLER, BERND SCHNEIDMÜLLER. München 1996, S. 303–320.

In Ungarn oder Polen hätte man sich mit solchen Problemen vermutlich leichter getan. Nur mit der Zustimmung der Stände auf den Thron gekommen, mußte jeder Regent deren Abwendung fürchten. Die erfolgreiche Entscheidung, mit der vor allem die polnischen, aber auch die ungarischen Stände auf ihren verbrieften Rechten und Traditionen insistierten, zeigt nicht nur ihren Willen zu politisch-verfassungsrechtlicher Selbständigkeit. Sie ist zugleich Ausdruck kulturellen Eigenbewußtseins, das an die politischen Gegebenheiten einen eigenen Wertmaßstab anlegen ließ.

Für die Böhmen mußte deshalb Johann der Blinde seit seinem Regierungsantritt 1310 ein fremder König bleiben, ohne Anteil an den originären Traditionen ihres Landes – gerade weil ihn westliche Historiographen als denjenigen priesen, der die westliche, »eigentliche« Ritterkultur im Osten des Reiches eingeführt habe. Den Ungarn mußte es aus demselben Grund naheliegend sein, mit ihren schwierigen Nachbarn und sogar mit den Türken in ruhigen Zeiten Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten, auch wenn die entfernt schreibenden Vertreter des Westens darin Verrat an den Werten des Abendlandes sehen wollten. Ebenso war es für die ungarischen Stände ein Gebot der Stunde, ihr Land 1396 gegen die Türken nach ihren alten Strukturen von Gefolgschaft und Strategie zu verteidigen, auch wenn diese dem landfremden König, Sigmund von Luxemburg, allenfalls die Rolle eines *Primus inter pares* zuwies. Schließlich kann es nicht überraschen, daß den Ungarn das multinationale, dezidiert westliche Ritterheer, mit dem Sigmund 1396 vor Nikopolis gegen die Türken antrat, und das nach französisch-burgundischen Regeln organisiert war und kämpfte, kaum als Befreiungsarmee erscheinen konnte. Dies zumal, da sie, die bislang durchaus erfolgreichen Verteidiger ihrer Landesgrenzen, fast nur auf die Rolle der nachgeordneten Fußstruppen reduziert wurden. Folgerichtig wiesen die Ungarn nach dem Debakel von Nikopolis entrüstet den Vorwurf zurück, ihre Einheiten hätten gezögert und seien geflohen – wo es doch offensichtlich war, daß sie mit ihrem entschlossenen Kampfeinsatz den Untergang des Ritterheeres nur nicht hatten verhindern können und daß dieser Untergang allein von den taktischen Fehlern der westlichen Ritter und ihrer Anführer, des Erbprinzen von Burgund und des luxemburgischen Königs von Ungarn, verschuldet worden war.

Nicht nur das Verhältnis von West und Ost war fortan von diesem Erlebnis belastet. Sigmund, mit knapper Not entkommen und durch venetianische Schiffe nach Konstantinopel gebracht, propagierte dort ungerührt weiter den Kreuzzug gegen die Türken, während auf dem Schlachtfeld vor Nikopolis die Überlebenden aus den Reihen des französisch-burgundischen Adels von den Henkern des Sultans niedergemacht wurden. Nicht mit seiner mangelhaften Eignung als Feldherr, die er auch anderweitig unter Beweis stellte, hatte Sigmund sich die Verachtung des französisch-burgundischen Adels eingehandelt, wohl aber mit diesem Akt unritterlichen Verhaltens.

Vielleicht Karl IV., sicher aber nicht Johann von Böhmen hätte ein solches ehrenrühriges Verhalten unterlaufen können. In den Augen des westlichen Adels wurde Sigmund diesen Makel nicht mehr los; er sollte ihm noch nach Jahren in Frankreich nachgetragen werden. So galt er zwar den Polen und Ungarn als Vertreter westlicher Ritterkultur, wurde aber ge-

rade von denjenigen, die selbst für solche Kultur standen, nicht als einer der ihren akzeptiert. Um die Notlage seines Königreichs Ungarn abzuwenden, hatte Sigmund an die Gemeinsamkeit der kulturellen Tradition der christlichen Fürsten des Westens appelliert, die damit selbst übernommene Rolle als deren Repräsentant aber nicht ausfüllen können²⁷⁾.

Fragen wir nun genauer nach den Ansätzen zur Entwicklung auswärtiger Politik der Luxemburger. Insbesondere ist dabei die Spannung zwischen traditionellen Vorgaben, dynastischer Politik und den aktuellen Notwendigkeiten der territorialen und Reichspolitik zu akzentuieren.

5. DIE LUXEMBURGER ZWISCHEN WEST UND OST. NÄHE UND DISTANZ ZUR TRADITION

Der Luxemburger Karl IV., Sohn Johanns von Böhmen und Vater Wenzels und Sigmunds, war der erste, dem es nach dem Ende der Stauferzeit wieder gelang, die drei Kronen des römischen Reiches zu führen. Er war aber auch als erster gezwungen, im Reich wie in seinen Hausmachtterritorien zwischen West und Ost zu vermitteln: zwischen den Stammländern seiner Dynastie in der deutsch-französischen Grenzregion, und dem erst unter dem Vater 1310 durch Heirat für seine Familie gewonnenen Königreich Böhmen²⁸⁾. Die Grenzen der Luxemburger Territorien wie diejenigen des Reiches rührten an West- und Ostmitteleuropa gleichermaßen. Daß die Herrschaft der drei Luxemburger Könige im römisch-deutschen Reich und zugleich im Königreich Böhmen, Karls IV., Wenzels und Sigmunds, auch dadurch »überfordert« war, ist seit den Arbeiten Peter Moraws bekannt, ebenso die Tatsache, daß sie schließlich den Westen zugunsten des Ostens aufgaben²⁹⁾. Karls IV. großer, wenn auch gescheiterter Erbreichsplan, ein luxemburgisches Territorium mit Böhmen, Po-

27) Vgl. MICHAEL ZINGEL, Frankreich, das Reich und Burgund im Urteil der burgundischen Historiographie des 15. Jahrhunderts (Vorträge und Forschungen, Sonderbd. 40) Sigmaringen 1995, S. 54f., 161.

28) Zum Hintergrund JÖRG K. HOENSCH, Geschichte Böhmens. Von der slavischen Landnahme bis ins 20. Jahrhundert. München 1987. Allgemein zum folgenden jetzt: DERS., Die Luxemburger. Eine spätmittelalterliche Dynastie gesamteuropäischer Bedeutung. 1308–1437. Stuttgart u. a. 2000.

29) PETER MORAW, Gedanken zur politischen Kontinuität im deutschen Spätmittelalter, in: Festschrift Hermann Heimpel, Bd. 2 (Veröffentlichungen des Max-Plancks-Instituts für Geschichte, Bd. 36/2) Göttingen 1972, S. 45–79. DERS., König Sigismund in der Herrscherabfolge des deutschen Spätmittelalters, in: Sigismund von Luxemburg. Kaiser und König in Mitteleuropa 1387–1437. Beiträge zur Herrschaft Kaiser Sigismunds und der europäischen Geschichte um 1400. Hg. JOSEF MACEK, ERNÖ MAROSI, FERDINAND SEIBT (Studien zu den Luxemburgern und ihrer Zeit, Bd. 5) Warendorf 1994, S. 27–43. DERS., Von offener Verfassung zu gestalteter Verdichtung. Das Reich im späten Mittelalter 1250 bis 1490. Frankfurt/M./Berlin 1989.

len und Ungarn zu schaffen, wies über die Grenzen des Reichs hinaus nach Osten und verzichtete dafür schrittweise auf die westlichen Stammlande der Dynastie³⁰⁾.

Die lehnrechtliche Zugehörigkeit der luxemburgischen Stammlande zum Reich und damit auch die Gemeinsamkeit kultureller Traditionen des Westens wurde einem dynastischen Kalkül geopfert, das auf den Osten setzte. Im Gegensatz dazu fällt auf, daß Karl wie kaum ein anderer unverkennbar ein Vertreter der westeuropäischen Adelskultur blieb. Sie war ihm anezogen worden, wie er es seinerseits mit seinem Sohn Sigmund in Ungarn planen sollte, als er siebenjährig an den französischen Königshof zur Erziehung gegeben wurde, um ihn auf die Westbindungen seines Vaters zu verpflichten. Seine Autobiographie bezeugt, wie dies vonstatten gehen konnte – und auch, daß dabei die Verwurzelung in der westlichen Adelskultur zugleich eine Lösung aus der östlichen Tradition des Königreichs Böhmen hatte sein sollen: Statt des böhmisch-przemyslidischen Taufnamens Wenzel gab man ihm den Namen seines königlichen Paten aus dem Haus Capet, Karl.

Mit großen Aufwand bemühte Karl sich später darum, die westliche Adelskultur mit den Traditionen Böhmens zu verbinden, darin über den Vater weit hinausgehend. Es gelang ihm, die luxemburgische wie die przemyslidische Tradition gleichermaßen zu repräsentieren. Dennoch standen beide nach wie vor weitgehend unvermittelt nebeneinander, wie nicht nur in der kunstvollen Gestaltung der Grablege im Prager Veitsdom unübersehbar ist³¹⁾. In der politischen Absicht auf den Osten ausgerichtet, war sie in ihrer gestalterischen Programmatik wiederum einem westlichen Modell verpflichtet, der Grablege der französischen Könige in St-Denis³²⁾. Mit der Memoria des Hauses und seiner beiden dynastischen Traditionsstränge verband sich diejenige der Vorgänger in der Herrschaft Böhmens und zugleich *Imitatio* und *Memoria* der verwandtschaftlich verbundenen Könige von Frankreich.

Karls Vater, Johann von Böhmen, war noch trotz seiner Heirat mit der letzten Przemysliden-Erbin, wie erwähnt, ein Fremder im eigenen Land geblieben³³⁾. Sein Tod auf dem

30) HEINZ-DIETER HEIMANN, Herrscherfamilie und Herrschaftspraxis. Sigmund, Barbara, Albrecht und die Gestalt der luxemburgisch-habsburgischen Erbverbrüderung, in: Sigmund von Luxemburg (wie Anm. 29), S. 53–66.

31) Grabmäler der Luxemburger. Image und Memoria eines Kaiserhauses. Hg. MICHAEL VIKTOR SCHWARZ (Publications du CLUDEM, Bd. 13) Luxemburg 1997, S. 131 u. ö.

32) MICHAEL VIKTOR SCHWARZ, Felix Bohemiae Sedes Imperii, in: Grabmäler der Luxemburger, ebd., S. 123–153.

33) Unter den Luxemburger Herrschern ist neben Sigmund neuerdings Johann von Böhmen zum Gegenstand aktueller, in seinem Fall internationaler Forschungen geworden. Un itinéraire européen. Jean l'aveugle, comte de Luxembourg et roi de Bohême 1296–1346 (Publications du CLUDEM, Bd. 12). Hg. MICHEL PAULY. Brüssel 1996. Johann der Blinde, Graf von Luxemburg, König von Böhmen 1296–1346. Tagungsband der 9es Journées Lotharingiennes, 22.–26. Oktober 1996. Centre Universitaire de Luxembourg. MICHEL PAULY (Publication de la Section Historique de l'Institut G.-D. de Luxembourg, Bd. 115. Publications du CLUDEM, Bd. 14) Luxemburg 1997.

Schlachtfeld von Crécy 1346 kann durchaus als Vermächtnis jenes Vertreters der westlichen Adelskultur verstanden werden, den seine Anhänger als letzten Ritter priesen³⁴). Der Erbe Karl, der in Crécy floh wie später der Enkel Sigmund vor Nikopolis 1396, hat als Pragmatiker die Wendung zugunsten des Ostens vollzogen. Dynastisch zeigte sie sich darin, daß er selbst in seinen vier Ehen schrittweise von der zuvor für die Luxemburger selbstverständlichen Bindung an französische Fürstenhäuser abrückte, zugunsten von Territorien im Nordosten des Reiches, und die Ehen seiner Söhne seinem Erbreichsplan unterordnete.

Anders als von ihm vorgesehen, aber dennoch wirksam band Karls Orientierung nach Osten seine Söhne: Wenzel, der gegen seinen drohenden Untergang als König im Reich vergeblich seine Sympathien mit den böhmischen Interessen herstellte, und Sigmund, der durch Heirat in Ungarn herrschte, bevor er seinem Bruder im Reich und in Böhmen folgte.

Wenden wir uns nun der Entwicklung der Westbeziehungen des Reiches unter den Luxemburgern zu, ausgehend von den dynastischen und territorialen Westbindungen der Grafschaft und des Hauses Luxemburg im beginnenden 14. Jahrhundert, bis hin zur Handhabung der auswärtigen Politik am Übergang zur Herrschaft der Habsburger in der Mitte des 15. Jahrhunderts.

6. HAUS UND REICH. DYNASTISCHE POLITIK ALS REICHSPOLITIK?

Der Aufstieg von einer Grafenfamilie in der deutsch-französischen Grenzregion zur Herrscherdynastie im römisch-deutschen Reich gelang den Luxemburgern mit der Königswahl Heinrichs VII. 1308 und bis zum Aussterben der männlichen Linie mit Sigmund 1437³⁵). Wenn auch nicht ohne Unterbrechung regierend, bewahrten sie doch während dieser Zeit ihren Zugriff auf die Reichskrone. Trotz zeitweiliger Gewichtsverlagerungen blieb ihre Herrschaft im Reich durchgängig von zwei Merkmalen gekennzeichnet: einer engen Verzahnung der Interessen des Hauses und des Reiches sowie einer Dominanz der Westbindung. Letztere mag angesichts des über die Wendung nach Osten unter Karl IV. Gesagten zunächst erstaunen. Es wird darauf zurückzukommen sein.

34) Vgl. dazu die Abbildung Johanns als Ritter aus einer Handschrift des frühen 15. Jahrhunderts in: *Itinéraire*, ebd., S. 147.

35) Zur Entwicklung und inneren Differenzierung des europäischen Adels vgl. KARL-HEINZ SPIESS, *Familie und Verwandtschaft im deutschen Hochadel des Spätmittelalters*. 13. bis Anfang 16. Jahrhundert (VSWG, Beihefte, Bd. 111) Stuttgart 1993. PHILIPPE CONTAMINE, *La noblesse au Royaume de France. De Philippe le Bel à Louis XII*. Paris 1997. *Nobilitas. Funktion und Repräsentation des Adels in Alteuropa*. Hg. OTTO GERHARD OEXLE, WERNER PARAVICINI (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, Bd. 133) Göttingen 1997.

Seit dem frühen 11. Jahrhundert waren die Grafen von Luxemburg Doppelvasallen der französischen wie der römisch-deutschen Krone. Nach dem Tod des Grafen in der Schlacht von Worringen 1288 konnte die konsolidierte Territorialherrschaft ungeschmälert auf den unmündigen Heinrich (VII.) übergehen³⁶). Mit ihm und seinem Bruder Balduin sollte die Dynastie in die europäische Geschichte eintreten. Dem weiteren inneren Landesausbau unter Heinrich verbunden war die Intensivierung der engen Beziehungen zu Frankreich, das kulturell wie politisch von überragendem Einfluß auf die Grafschaft blieb. Auch deren Schlüsselposition zwischen den benachbarten, übermächtigen Königreichen und das entschiedene politische Ausgreifen auf das römisch-deutsche Reich änderte nichts an der Dominanz der Westbeziehung.

Sie wurde auch nicht aufgegeben, als es gelang, mit der Wahl Heinrichs 1308 die römisch-deutsche Königswürde und zwei Jahre später die Herrschaft im Königreich Böhmen zu übernehmen³⁷). Selbst mit der Erbin des Herzogtums Brabant-Flandern verheiratet, nutzte Heinrich 1310 die schwierige Lage Böhmens, um seinen Sohn Johann mit der Erbin Wenzels II., Elisabeth, zu vermählen. Der Schritt von der westlichen Grafschaft zum östlichen Königreich und zugleich der Griff nach der Reichskrone war damit gelungen und wurde noch durch die Kaiserkrönung Heinrichs 1312 überhöht³⁸). Wie später wieder der Enkel, Karl (IV.), verdankte bereits Heinrich viel seinem Bruder Balduin, seit 1307 Erzbischof von Trier – auch dessen guten Kontakten zum französischen Königshaus. Beide Brüder waren in der Atmosphäre des französisch geprägten mütterlichen Hofes aufgewachsen, Balduin hatte in Paris studiert und beide standen in einem erklärten Treueverhältnis zur Krone Frankreichs.

In auffälliger Unabhängigkeit davon verfolgten sie aber entschlossen eigene, dynastische Ziele, durchaus auch gegen französische Interessen. Hatte Philipp von Frankreich beabsichtigt, den Luxemburger im Interesse seiner eigenen Reichspolitik zu instrumentalisieren

36) Zum folgenden vgl. CARL D. DIETMAR, *Die Beziehungen des Hauses Luxemburg zu Frankreich in den Jahren 1247–1346* (Kölner Schriften zu Geschichte und Kultur, Bd. 5) Köln 1983, S. 48ff. MICHAEL ERBE, *Belgien, Niederlande, Luxemburg. Geschichte des niederländischen Raumes*. Stuttgart/Berlin/Köln 1993, S. 47f. u.ö. JEAN-MARIE KREINS, *Histoire du Luxembourg (Que sais-je?)* Paris 1996, bes. Kap. 2. *Ermésinde et l'affranchissement de la ville de Luxembourg. Etudes sur la femme, le pouvoir et la ville au XIIIe siècle*. Hg. MICHEL MARGUE (Publications du CLUDEM, Bd. 7) Luxembourg 1994. GILBERT TRAUSSCH, *Histoire du Luxembourg (Nation d'Europe)*. Turin 1992. Zur neueren französischen Bewertung der Epochen der Reichsgeschichte: SYLVAIN GOUGUENHEIM, *Les grands traits de la vie politique*, in: *De la Meuse à l'Oder. L'Allemagne au XIIIe siècle*. Hg. MICHEL PARISSE. Paris 1994, S. 19–43. DERS., *Les structures politiques*, in: ebd., S. 45–69.

37) Die allgemeinen historischen Hintergründe werden hier und im folgenden nur insoweit angesprochen, als sie für den weiteren Argumentationsgang erforderlich sind. Auf Literaturnachweise wird dabei verzichtet.

38) Vgl. ROLAND PAULER, *Die deutschen Könige und Italien im 14. Jahrhundert. Von Heinrich VII. bis Karl IV.* Darmstadt 1997, S. 44f.

ren, so mußte er erleben, daß dessen erfolgreiche Kandidatur für die Königswahl diejenige seines eigenen Bruders, Karls von Valois, austach. Westpolitik und Westbindung hieß für die Luxemburger zwar kulturelle Rezeption und politisches Arrangement, vor allem praktische Nutzerwartung im eigenen Interesse, keinesfalls aber Abhängigkeit vom französischen König.

Die konkurrierenden Dynastien der Wittelsbacher und Habsburger waren ihrerseits kaum anders verfahren, hatten sich ebenfalls auf der Suche nach Unterstützung an die beiden mächtigsten europäischen Höfe in Paris und London gewendet. Doch waren es gerade die Erfahrungen einer zu weitgehenden Abhängigkeit unter Adolf von Nassau wie auch unter Rudolf von Habsburg, die zur Vorsicht mahnten³⁹⁾.

Gegenüber Frankreich führte Heinrich als König und Kaiser die Politik seiner Vorfahren als Grafen von Luxemburg fort. Ein Neuanfang seiner nach außen gerichteten Politik äußerte sich lediglich in dem unerwarteten Anknüpfen an staufische Kaiseransprüche in Italien und in seinen Kreuzzugsplänen. Beides trug ihm literarische Panegyrik ein, die bekannteste durch Dante Alighieri, führte aber nicht zu einer Weiterentwicklung der internationalen Beziehungen des Reiches in der kurzen Regierungszeit Heinrichs VII.⁴⁰⁾

Bereits für Heinrich und Balduin fragt sich, was noch bei Karl IV. und Sigmund Irritationen auslösen sollte: Konnte solche dynastische Politik den Anspruch erheben, Reichspolitik zu sein? Heinrichs territorialherrschaftliche Grundlage – wie diejenige der späteren Luxemburger Könige – blieb schwach, seine Präsenz im Reich eingeschränkt⁴¹⁾. Wenn die Politik der Luxemburger eine entschiedene Westbeziehung favorisierte, war dies auch im Interesse des Reiches oder nur, zumindest vorrangig, günstig für die eigene Dynastie und Territorialherrschaft? Gab es, anders gewendet, überhaupt eine Westbeziehung des Reiches oder nur eine solche des Königs im Reich, der als Dynast und Territorialherr handelte?

Heinrichs Sohn Johann setzte die Politik seines Vaters fort. Neben der ererbten Herrschaft in Luxemburg und der durch Heirat erworbenen in Böhmen folgte er kurzzeitig, zwischen 1330 und 1333, der Vision eines eigenen Machtbereichs in Oberitalien, wie ihn

39) KARL-FRIEDRICH KRIEGER, *Die Habsburger im Mittelalter. Von Rudolf I. bis Friedrich III.* Stuttgart u. a. 1994, S. 62–65. Zum Hintergrund HARTMUT BOECKMANN, *Stauferzeit und spätes Mittelalter. Deutschland 1125 bis 1517* (Siedler Deutsche Geschichte. Das Reich und die Deutschen) Berlin 1994, S. 205 u. ö.

40) MARIA ELISABETH FRANKE, *Kaiser Heinrich VII. im Spiegel der Historiographie. Eine faktenkritische und quellenkundliche Untersuchung ausgewählter Geschichtsschreiber der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts* (Forschungen zur Kaiser- und Papstgeschichte des Mittelalters. Beihefte zu J.F. Böhmers, *Regesta Imperii*, Bd. 9) Köln/Weimar/Wien 1992. MARIE-LUISE FAVREAU-LILIE, *Die Heerfolgepflicht im Regnum Italiae. Theorie und Praxis vom 12. bis zum 15. Jahrhundert*, in: DA 54 (1998), S. 54–96, hier S. 91f. FRIEDRICH SCHNEIDER, *Kaiser Heinrich VII. Dantes Kaiser*. Stuttgart 1940. KURT-ULRICH JÄSCHKE, *Imperator Heinricus. Ein spätmittelalterlicher Text über Kaiser Heinrich VII. in kritischer Betrachtung*. Luxemburg 1988.

41) Vgl. FRANKE, *Heinrich VII.*, ebd., S. 205f.

auch französische Fürsten anstrebten, und plante während der 20er und 30er Jahre einen Zugriff auf die polnische Krone. Beide Vorhaben blieben ebenso vergeblich wie seine Hoffnungen auf die römisch-deutsche Königswürde⁴²⁾. In Böhmen gelang es ihm immerhin, seit 1344 zusammen mit seinem Sohn Karl (IV.), die innere Konsolidierung fortzusetzen.

Dennoch und obwohl die Luxemburger 1307 von einer Partei der böhmischen Stände ins Land gerufen worden waren, blieb Johann den Böhmen, wie erwähnt, ein landfremder König. Nur während der ersten drei Jahre nach dem Herrschaftsantritt 1310 hatte er sich kontinuierlich in Böhmen aufgehalten, seither nur selten und sporadisch, oft mit jahrelangen Unterbrechungen. Ferdinand Seibt erklärte die Ablehnung Johanns in Böhmen aus dieser mangelnden Präsenz, nicht aus seiner französisch-westlich geprägten Herkunft⁴³⁾. Auch die Abwesenheit König Johanns machte den Zeitgenossen aber deutlich, wo die Wurzeln seiner bewußt gepflegten Adelskultur und die Schwerpunkte seines politischen Handelns lagen: im Westen, nicht im Osten.

Eher in Luxemburg als in Böhmen konnte er sich zudem auf fähige und loyale Stellvertreter verlassen, was auch der politischen Berechenbarkeit der Grafschaft für Frankreich zugutekam. Ein personales Netz von Vertrauten über beide Herrschaftsbereiche zu spannen, erlaubten hingegen weder die räumlichen Entfernungen noch die strukturellen Unterschiede beider Gebiete. Wie die Präsenz des Fürsten selbst, so war auch die Mitwirkung geeigneter Gefolgsleute für die faktische Durchsetzung seiner Herrschaft nach innen und ihre Akeptanz in auswärtigen Beziehung ausschlaggebend. Vor allen anderen kam hierfür Balduin von Trier eine gewichtige Rolle zu.

Balduin flankierte die Teilnahme Johanns an den Krönungsfeierlichkeiten des französischen Königs Karls IV. in Reims, des späteren Taufpaten und erzieherischen Gastgebers seines Sohnes Wenzel/Karl, im Januar 1322. Von diesem Zeitpunkt an sollten sich immer wieder Gelegenheiten finden, die enge dynastische Bindung und politische Zusammenarbeit der Häuser Capet (später Valois) und Luxemburg und der von ihnen regierten Territorien repräsentativ zum Ausdruck zu bringen. 1322 freilich handelte Johann noch eher als Graf von Luxemburg denn als König von Böhmen oder Vertreter eines reichsfürstlichen Hauses mit Ambitionen auf die Kaiserkrone. Die Chancen seiner Dynastie, im Reich zu höheren Würden zu gelangen, empfahlen ihn dennoch nicht weniger als die bewährten Kontakte für weitere Unterstützung durch den französischen Hof.

42) REINHARD HÄRTEL, Die Italienpolitik König Johanns von Böhmen, in: Johann der Blinde (wie Anm. 33), S. 363–382. Härtel deutet Johanns italienisches Engagement als Instrument, um die Krone des Reiches zu erlangen. Ebd., S. 367. WINFRIED REICHERT, Johann der Blinde als Graf von Luxemburg, in: ebd., S. 169–189.

43) Vgl. die instruktiven Karten zum Itinerar Johanns in: Jean l'aveugle (wie Anm. 33), passim. FERDINAND SEIBT, Johann von Luxemburg in der Historiographie, in: Johann von Böhmen (wie Anm. 33), S. 9–20.

Politische Beziehungen zwischen den Regna zu stiften oder zu vertiefen hieß im Horizont der Zeit in erster Linie, heiratspolitisch zu handeln. Bereits im September 1322 wurde die Ehe geschlossen zwischen König Karl von Frankreich und Johanns Schwester Maria, die von ihrem Onkel Balduin feierlich nach Frankreich geleitet wurde. Der außenpolitische Gewinn für das Haus Luxemburg war beträchtlich, hatte man sich doch gegen die heiratspolitische Konkurrenz der Häuser Aragón, Bretagne und Savoyen durchgesetzt.

Damit waren Perspektiven für die Zukunft aufgezeigt, unbeschadet der Tatsache, daß es Johann im Reich noch nicht gelang, seine Thronansprüche geltend zu machen. Vielmehr unterstützte er in der Entscheidungsschlacht von Mühldorf, deretwegen er an der Heiratszeremonie in Paris nicht hatte teilnehmen können, die habsburgischen Ansprüche gegen diejenigen der Wittelsbacher. Der Luxemburger Anspruch auf die Reichskrone war damit keineswegs aufgegeben. Offiziell um ein vor der Schlacht abgelegtes Gelübde zu erfüllen, pilgerte Johann bereits im folgenden Winter nach Frankreich – und traf dort mit dem König zu Gesprächen über die politischen und dynastischen Beziehungen beider Häuser zusammen. Gewiß wird auch der Aufenthalt seines 1316 geborenen Sohnes Wenzel am französischen Hof besprochen worden sein.

Bald wurde erneut deutlich, daß Johann zwar die inzwischen bewährte Bindung an Frankreich entschlossen bewahren wollte, dabei aber in erster Linie eigene Interessen verfolgte und daß diese vorrangig dynastisch bestimmt waren. Nach dem Tod Karls IV. 1328 ging die Krone Frankreichs auf dessen Neffen Philipp von Valois über. Aus Jugendjahren einander vertraut, gelang es Philipp und Johann, die französisch-luxemburgische Beziehung über den Wechsel der Dynastie hinweg bruchlos fortzuführen und sogar zu vertiefen: Johanns Sohn Karl (IV.) wurde mit Philipps Schwester Blanche vermählt und fand damit direkten Zugang zum regierenden königlichen Haus von Frankreich.

Politisch allerdings hatte es zuvor einen Rückschlag der Beziehungen gegeben, als luxemburgische und französische Eigeninteressen an einem Zugriff auf die Reichskrone einander widersprachen und man sich daher gegenseitig die Unterstützung aufkündigte. Insofern nicht überraschend, erstaunt doch, daß Johann seine Position, wenn auch vergeblich, durch das präsumptive Angebot von Reichsgut im Arelat an Frankreich aufzuwerten versuchte. Wie später Karl IV. in großem Umfang, so war schon Johann von Böhmen bereit, für die dynastischen Interessen seines Hauses auch eine Schädigung des Reiches in Kauf zu nehmen. Die Verfügung über das Arelat sollte fortan zu den wichtigsten Streitpunkten zwischen der französischen und der römisch-deutschen Krone gehören und zur Verhandlungsmasse werden bei der aktuellen Gestaltung der Beziehungen. Selbst Ludwig der Bayer, ansonsten wenig engagiert in der westlichen Grenzregion des Reichs, sollte später eine Verpfändung des Arelats an Frankreich erwägen⁴⁴⁾.

44) HORST BITSCH, Art. Arelat, in: LexMA Bd. 1, München/Zürich 1980, Sp. 916f.

Da Johann von Böhmen nicht in der Lage war, für das Reich zu handeln, stellt sich die Frage, ob seine auswärtige Politik dem Reichsinteresse entsprach, nur bedingt. Indem er aber schon im Vorgriff auf die erstrebte Handlungskompetenz im Reich bereitwillig Reichsgut preisgab, ließ er Konturen einer territorialherrschaftlich und dynastisch bestimmten auswärtigen Politik erkennen, die auch das Handeln der späteren Luxemburger Kaiser kennzeichnen sollte. Dann im Namen des Reiches vollzogen, blieb eine derartige Gestaltung der Westbeziehungen doch vorrangig den Eigeninteressen verpflichtet.

Daß Johanns von Böhmen und Karls IV. ausgreifende Heiratspolitik es insgesamt vermochte, vor allem im Westen, durchaus aber auch im Osten Europas ein Netz von familiären Verbindungen auszulegen und die maßgeblichen Höfe dadurch mit ihrem Haus zu verbinden, steigerte den Aktionsradius ihrer Politik, war aber nicht minder eine auf die internationale Bühne gehobene Politik der Dynastie⁴⁵⁾.

7. REICH UND HAUS. REICHSPOLITIK FÜR DIE DYNASTIE

Seit einem knappen Monat war Johanns Sohn Karl bereits zum (Gegen-)König im Reich gewählt, als sein Vater am 26. August 1346, als Blinder in die Schlacht geführt, im Kampf als Parteigänger des französischen Königs bei Crécy fiel. Sein als heldenhaft verstandener Tod mehrte seinen Ruhm bei den französischen Historiographen, namentlich bei Froissart. Ende November zum römisch-deutschen König gekrönt, konnte Karl an die imperiale Tradition Heinrichs VII. anschließen. Er brach jedoch mit der Tradition der Ritterkultur, zu der sich seine Vorfahren stets bekannt hatten. Wenn die Zeitgenossen zu rühmen wußten, daß Johann von Böhmen wie einst Heinrich VI. von Luxemburg bei Worringen und Kaiser Heinrich VII. auf dem Italienzug gefallen sei, so berichteten sie auch davon, wie Karl mit Hilfe seiner Gefolgsleute vom Schlachtfeld in Crécy geflohen war. Die seit langem bestehende Spannung in den Wertmaßstäben zwischen Vater und Sohn war unübersehbar geworden, jener weltoffen, den Idealen ritterlich-höfischer Repräsentation zugewandt, dieser ernst und verschlossen, tief religiös und einer geradezu bürgerlichen Rechenhaftigkeit folgend⁴⁶⁾.

45) Vgl. DIETER VELDTRUP, Ehen aus Staatsräson. Die Familien- und Heiratspolitik Johanns von Böhmen, in: Johann der Blinde (wie Anm. 33), S. 483–543, zusammenfassend S. 540f. DERS., Zwischen Eherecht und Familienpolitik. Studien zu den dynastischen Heiratsprojekten Karls IV. (Studien zu den Luxemburgern und ihrer Zeit, Bd. 2) Warendorf 1988. Zusammenfassend S. 443f.

46) Vgl. im einzelnen FERDINAND SEIBT, Karl IV. Ein Kaiser in Europa 1346 bis 1378. München 1978, ND der 5. Aufl. München 1994, bes. S. 145–147. FRANZ MACHILEK, Privatfrömmigkeit und Staatsfrömmigkeit, in: Kaiser Karl IV. Staatsmann und Mäzen. Hg. FERDINAND SEIBT. München 1978, S. 87–101.

Damit bekam auch die Westpolitik, die Bindung des Hauses Luxemburg an Frankreich, eine andere Qualität⁴⁷⁾. Daran, daß sie nach wie vor im Zentrum der auswärtigen Politik der Luxemburger stand, hatte sich indessen nichts geändert. Nach Crécy war allerdings die praktische Wirkmächtigkeit der bewährten Bindung erheblich geschwächt. Ohnehin verzichtete der französische Hof seit der Regierungsübernahme Karls darauf, seine früheren Ambitionen auf die Reichskrone fortzuschreiben. Vor allem der Krieg mit den Engländern im eigenen Reich band die französischen Kräfte. Trotz gegenseitiger persönlicher Abneigung, die aus der gemeinsamen Jugendzeit am Pariser Hof herrührte, akzeptierte König Philipp die Thronansprüche Karls im Reich.

Eine darüberhinausgehende Unterstützung konnte Karl von Frankreich aber zumindest vorerst nicht erwarten. Nur die außenpolitische Untätigkeit seines amtierenden königlichen Gegners, Ludwigs des Bayern, verhinderte weitere internationale Verwicklungen. Wie Frankreich, so verzichtete auch England auf jegliche Einmischung in den deutschen Thronstreit. Ludwig profitierte nicht vom Sieg der Engländer in Crécy, so daß der politische Schaden für Karl insgesamt gering blieb.

Mit päpstlicher Unterstützung und flankiert von seinem Onkel, Balduin von Trier, konnte sich Karl als Gegenkönig behaupten; seine politische Durchsetzung wäre aber ohne den überraschenden Tod Ludwigs 1347 dennoch ungewiß geblieben. Hatte der englische König in ritterlicher Manier noch das Andenken seines in Crécy gefallenen Gegners Johanns von Böhmen in aller Form geehrt, so zog Karl nun auch die Erinnerung an Ludwig den Bayern in seine antiwittelsbachische Propaganda hinein; »Im Weltbild Karls IV. [...] gab es für einen ehrenhaften Gegner keinen Platz«⁴⁸⁾.

Seine zweckgerichtete und pragmatische Politik im Inneren seiner Herrschaftsgebiete wie gegenüber den europäischen Nachbarn wurde bald zum unterscheidenden Kennzeichen der Regierung Karls IV. Stellung und Entwicklung der Luxemburger Territorien sollten fortan auf ihre praktische Nützlichkeit in der jeweils aktuellen politischen Lage befragt, Traditionalität durch Pragmatik ersetzt werden. Damit hatten sich die Instrumente geändert, nicht die Ziele; auch Karl ging es in erster Linie um das eigene Haus. Dies galt auch für die auswärtige Politik und die grundsätzlich weitergeführte Bindung an Frankreich.

Nach dem Tod Ludwigs des Bayern hatten die Wittelsbacher dem englischen König Eduard die Krone des Reiches angetragen. Mit diesem Schritt war eine neue außenpoliti-

47) Heinz Thomas hat Karls IV. Frankreichpolitik eingehend gewürdigt: HEINZ THOMAS, Die Beziehungen Karls IV. zu Frankreich von der Rhenser Wahl im Jahre 1346 bis zum Großen Metzger Hoftag, in: Kaiser Karl IV., ebd., S. 165–201. DERS., Grundzüge der Europapolitik. Frankreich, in: Kaiser Karl IV., Staatsmann und Mäzen. Hg. FERDINAND SEIBT. München 1978, S. 152–157. DERS., die Luxemburger und der Westen des Reiches zur Zeit Kaiser Karls IV., in: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 1 (1978), S. 59–128.

48) HEINZ THOMAS, Ludwig der Bayer (1282–1347). Kaiser und Ketzer. Graz/Wien/Köln 1993, S. 380f.

sche Option gewagt, um letzte Chancen gegen den Luxemburger zu retten. Aber man hatte falsch kalkuliert. Dem englischen König schien ein eigener Thronanspruch im Reich zu riskant; er lehnte daher ab und nahm zugleich 1347 das Bündnisangebot Karls an, das wenig Aufwand erforderte und mit geringen Erwartungen verbunden war.

Karl hatte also den bewährten Formen dynastischer Bindung in der Westpolitik gleich zu Beginn seiner Herrschaft eine weitere hinzugefügt: die pragmatisch ausgerichtete Bündnispolitik. Damit war die grundsätzliche Option verbunden, aus aktuellem Anlaß auch mit dem Kriegsgegner Frankreichs, dem König von England, paktieren zu können⁴⁹). Karl und noch Sigmund sollten diese Möglichkeit im folgenden mehrfach nutzen. Schon jetzt wurde deutlich, wie ein englisches Bündnis der Luxemburger vorrangig gemeint war: als taktisches Kalkül, um Stärke und Unabhängigkeit gegenüber Frankreich zu demonstrieren – das englische Bündnis von 1347 war Karls Antwort auf die Geringschätzung durch König Philipp und dessen verhaltene Unterstützung für Wittelsbach. Nicht wirklich beabsichtigt war mit der englischen Option hingegen eine dauerhafte Abwendung von Frankreich oder eine wirkliche Allianz, die zu gemeinsamem Handeln verpflichtet hätte. Auch die englische Seite teilte diese Ansichten⁵⁰).

In der Flexibilität der Mittel ließ Karl die Vorgaben seines Vaters hinter sich, nicht jedoch in der Großzügigkeit, mit der er im Vorgriff auf die angestrebte Königswürde Reichsgut zu verpfänden versprach. Noch galten diese Versprechen nicht, wie bei Johann, auswärtigen Mächten, sondern den Wahlfürsten im Reich. Karls Rezeption war davon gekennzeichnet; man hielt ihm vor, ein »Stiefvater des Reiches« zu sein⁵¹). Zur Königswahl seines Sohnes Wenzel *vivente imperatore* 1376 – erstmals seit der Stauferzeit und für sich genommen ein glänzender Erfolg des Kaisers – griff er später erneut in großem Umfang auf das umstrittene Instrument der Reichsgutverpfändungen zurück⁵²).

Anders als Johann ging Karl daran, nachdem seine Regierung im Reich seit 1349 gesichert war, seinen bevorzugten Residenzort in den östlichen Luxemburger Ländern zu wählen, in der böhmischen Hauptstadt Prag⁵³). Damit war, unbeschadet aller dynastischen Bindungen an Frankreich und das Haus Valois, ein Signal für einen Neuanfang gesetzt: Künftig würde der Schwerpunkt der Luxemburger Territorialherrschaft, ihrer Hausmacht

49) Hierzu künftig MARTIN KINTZINGER, Kaiser und König. Das römisch-deutsche Reich und Frankreich im Spätmittelalter, in: Auswärtige Politik und internationale Beziehungen (wie Anm. 9).

50) THOMAS, Ludwig der Bayer (wie Anm. 48), S. 381.

51) BEAT FREY, Pfaffenkönig oder Friedenskaiser. Der Nachruhm, in: Kaiser Karl IV. (wie Anm. 47), S. 399–404. DERS., Pater Bohemiae-Vitricus Imperii. Böhmens Vater, Stiefvater des Reiches. Karl IV. in der Geschichtsschreibung (Geist und Werk der Zeiten, Bd. 53) Bern u. a. 1978. PETER-JOHANNES SCHULER, Die Reichspfandpolitik, in: Kaiser Karl IV. (wie Anm. 47), S. 139–142.

52) Zum Hintergrund KARL-FRIEDRICH KRIEGER, Die Lehnshoheit der deutschen Könige im Spätmittelalter (ca. 1200–1437) (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, N.F. Bd. 23). Aalen 1979.

53) Vgl. SEIBT, Karl IV. (wie Anm. 46, S. 175f.

im Reich und ein Herrschaftsmittelpunkt des römisch-deutschen Königs und Kaisers an der östlichen Grenze des Reiches liegen. Die europäische Expansion des Hauses Luxemburg wurde damit konsequent fortgeschrieben, die lange kaiserliche Tradition eines bevorzugten Aufenthaltes im Westen und Südwesten des Reiches aber gebrochen.

8. DYNASTIE, TERRITORIUM UND ALLIANZ. ALTERNATIVEN DER PRAGMATISCHEN POLITIK

Mit der Hinwendung zu Böhmen war zunächst keine Vernachlässigung der luxemburgischen Stammlande verbunden. Wenngleich er von seiner Jugendzeit an und im Gegensatz zu seinem Vater nur wenige, kurze Aufenthalte in Luxemburg erlebte, verstand Karl doch die gefestigte Herrschaft über Luxemburg – und damit die Fortführung der traditionellen Westpolitik seines Hauses – als Fundament für den Aufbau der Regierung im Reich⁵⁴). Anders als bei Johann entwickelte Karl aber seine Frankreich- und seine Luxemburg-Politik unabhängig voneinander.

Zunächst um eigene Ansprüche auf die Grafschaft bemüht, schwenkte er bald zugunsten seines Halbbruders Wenzel um, trat diesem die Grafschaft 1353 ab und erhob sie im folgenden Jahr zum Herzogtum, erklärtermaßen wegen ihrer bewährten Treue zum Reich. Wenzel wurde dadurch gleichrangig mit seinem Schwiegervater, dem Herzog von Brabant, zudem in den Rang eines Erztruchseß des Reiches, 1366 zum Reichsvikar erhoben⁵⁵). Eine deutliche Stärkung Luxemburgs in der westlichen Grenzregion des Reiches war damit angestrebt, die einerseits das Westengagement des regierenden Hauses einmal mehr unter Beweis stellte, andererseits mit der Betonung der Reichszugehörigkeit Luxemburgs durchaus selbstbewußt gegenüber französischen Interessen auftrat. Zweifel an Karls Willen zur Stärkung der westlichen Stammlande seines Hauses schienen unbegründet. In dieselbe Richtung wies auch die Tatsache, daß Karl sich 1365 als erster Kaiser seit der Stauferzeit in Arles zum burgundischen König hatte krönen lassen.

Umso überraschender kam es, daß er 1378 Wenzel das Reichsvikariat über das Arelat entzog und dem Dauphin von Frankreich übertrug. Infolge stärkerer Beanspruchung im Osten, zugleich des vergeblichen Bemühens um Zurückdrängung der wittelsbachischen und habsburgischen Konkurrenz, gelang es ihm nicht mehr, in Böhmen und Luxemburg mit gleichem Engagement tätig zu sein⁵⁶). Schon Johann von Böhmen hatte es nicht vermocht, persönliche Präsenz und verlässliche Gefolgschaft im westlichen wie im östlichen

54) Zum Itinerar Karls MORAW, *Verfassung* (wie Anm. 29), S. 250.

55) HEINZ THOMAS, *Die Ernennung Herzog Wenzels von Luxemburg-Brabant zum Reichsvikar*, in: *Westmitteleuropa, Ostmitteleuropa. Vergleiche und Beziehungen*. Festschrift Ferdinand Seibt. Hg. WINFRIED EBERHARD, HANS LEMBERG, HEINZ-DIETER HEIMANN, ROBERT LUFT (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 70) München 1992, S. 43–52.

56) PAUL MARGUE, *Luxemburg*, in: *Kaiser Karl IV.* (wie Anm. 47), S. 195–202.

Territorium der Luxemburger gleichermaßen zu installieren. Territoriale Ambitionen im Reich kamen hinzu und ließen Karl schließlich die Luxemburger Stammlande preisgeben. Zusammen mit der Aufgabe Brabants durch Johans Witwe an Flandern war damit vorausgewiesen auf die späteren Verpfändungen unter Karls Sohn Wenzel und den schließlichen Verlust Luxemburgs an Burgund.

Seine umfangreichen und taktisch gelungenen dynastischen Verflechtungen mit anderen regierenden Häusern des Reiches und der westlichen Grenzregion wie mit auswärtigen Höfen konnte er indessen unbeschadet weiter ausgestalten. Weit mehr als Heinrich VII. und Johann von Böhmen engagierte sich Karl in Italien und fand dort kurzzeitig zu einer eigenen politischen Gestaltung, die allerdings neben imperialen Ansprüchen auch Kennzeichen merkantiler Orientierung zeigte.⁵⁷⁾

Die bisher nachhaltig betriebenen territorialpolitischen Aktivitäten in der deutsch-französischen Grenzregion gab Karl gleichzeitig weitgehend auf. Nicht mehr, wie zuletzt, den Eigenanspruch der Dynastie gegen die Krone Frankreichs betonte Karl jetzt, sondern wieder die bewährte Bindung der Häuser, um deretwillen Nachteile für das Reich in Kauf zu nehmen waren. Das Einvernehmen Karls mit dem französischen Hof war selten wirklich getrübt, die dynastische Bindung beider Häuser niemals tatsächlich in Frage gestellt. Dennoch hatte der Luxemburger in der Art seines Vaters mehrfach mit einer englischen Bündnisoption gearbeitet, um aktuellen politischen Nutzens willen und als Ausdruck politischer Eigenständigkeit. Den 1348 geschlossenen Pakt mit König Eduard, dem Sieger von Crécy, erneute er 1357⁵⁸⁾. Derartige formale Bestätigungen früherer Verträge standen meist nicht für mehr als ein grundsätzliches Einvernehmen der Partner. In der praktischen Politik blieb die englische Option Karls eine Episode; spätestens seit 1372 gab es an der dominanten Bindung gegenüber Frankreich keinen Zweifel mehr.

In den letzten Monaten der Regierung Karls IV. waren der auswärtigen Politik des Reiches mit dem 1378 ausbrechenden Papstschiisma neue internationale Herausforderungen gestellt. Der immer wieder aus aktuellem Anlaß aufscheinende Dissenz mit Frankreich in der praktischen Politik trat in eine neue Phase; das dynastisch gute Verhältnis beider Herrscherhäuser wurde durch notwendige Entscheidungen für Obödienz und Konzil auf die Probe gestellt. Diese gewichtigen Schwierigkeiten, die gewachsene wie aktuelle außenpolitische Beziehungen überlagerten und belasteten, mußte Karl seinen Nachfolgern überlassen.

Hatte Karl mit dem pragmatischen Wechsel von dynastischer und Bündnisoption das Spektrum der Handlungsmöglichkeiten gegenüber der Zeit seines Vaters deutlich erwei-

57) ELLEN WIDDER, *Itinerar und Politik. Studien zur Reisherrschaft Karls IV. südlich der Alpen* (Forschungen zur Kaiser- und Papstgeschichte des Mittelalters. Beihefte zu J.F. Böhmer, *Regesta Imperii*, Bd. 10) Köln/Weimar/Wien 1993, zur vergleichenden Bewertung S. 358, 369.

58) KARL SCHNITH, *Grundzüge der Europa-Politik. England*, in: *Kaiser Karl IV.* (wie Anm. 47), S. 161–164.

tert, so blieb doch die Heiratspolitik das Kernstück der Vernetzung innerhalb wie außerhalb des Reiches⁵⁹). Daß der Kontakt zu England eindeutig hinter demjenigen zu Frankreich zurückzustehen hatte, zeigt sich auch darin, daß Luxemburg mit Frankreich dynastische und Vertragsvereinbarungen verband, mit England hingegen nur Allianzen geschlossen und keine Verhandlungen über Heiratspolitik geführt wurden. Ähnlich verfahren auch französische Fürsten, wenn sie durch Bündnisse mit dem englischen Kriegsgegner ihres Königs auf verfeindete Parteien in Frankreich Druck ausüben wollten.

Auch wenn man heute die früher verbreiteten Verdikte über die Unfähigkeit Wenzels, Sohn Karls IV., seit 1363 König von Böhmen und seit 1376 deutscher König, nicht mehr teilt – in seinen außenpolitischen Aktivitäten blieb er zumindest glücklos. In auffälligem und sicher gewolltem Unterschied zu seinem Vater wählte Wenzel eine dynastische Bindung an England, indem er seine Schwester Anna 1382 mit Richard II. verheiratete, dem er überdies bereits durch Bündnisverträge von 1378 und 1382 angeschlossen war. Anna starb aber bereits zwei Jahre später und Richard unternahm es, jetzt verheiratet mit einer Tochter des Königs von Frankreich, nach der Reichskrone zu greifen. Um diese Absicht zu hintertreiben, machte die französische Seite die englischen Pläne an Wenzel bekannt, der daraufhin 1397 ein Bündnis mit Frankreich einging⁶⁰). Vor allem auf die Initiative Ludwigs von Orléans war es zurückzuführen, daß Wenzel in den beiden folgenden Jahren daranging, als letzte außenpolitische Handlung nochmals Allianzverträge mit dem König von Frankreich und dem Haus Orléans abzuschließen, die zugleich heiratspolitische Absichtserklärungen umfaßten.

Aus der Erfahrung war zu sehen, daß sich die Kombination von dynastischen und vertraglichen Bindungen an denselben Adressaten in auswärtigen Beziehungen nicht auszahlte und auch der Versuch scheitern mußte, gleichzeitig den Kriegsgegnern Frankreich und England verbunden zu sein. Überraschenderweise setzte Ruprecht von der Pfalz, Gegenkönig und Nachfolger Wenzels nach dessen Absetzung 1400, seit einem ersten Bündnis mit Frankreich 1401 zunächst diese Politik fort. Bald erkannte er aber die Zeichen der Zeit und bemühte sich um eine Vermittlung zwischen den Königen von Frankreich und England, um mit ihrer Hilfe ein Konzil zur Beendigung des Papstschismas berufen zu können.

Auch Ruprecht wählte aus dynastischen und vertraglichen Mitteln der Gestaltung aus und suchte letztlich vor allem das Haus Wittelsbach günstig mit den regierenden Häusern von Frankreich und England gleichzeitig zu vernetzen. Sein älterer Sohn heiratete die Tochter des englischen Königs und sein jüngerer sollte einer Tochter Karls VI. von Frankreich vermählt werden. Im Unterschied zu Wenzel konnte er sich bereits auf die seit ihrer Thronusurpation von 1399 regierenden Lancaster in England beziehen; nicht anders als die

59) Grundsätzlich zu dieser Gewichtung in der Zeit BERNARD GUENÉE, *Un meurtre, une société. L'assassinat du duc d'Orléans, 23 novembre 1407* (Bibliothèque des histoires) Paris 1992, S. 108f.

60) THOMAS R. KRAUS, König Wenzel auf der Reise nach Reims und die Hoffnungen König Richards II. von England auf die römisch-deutsche Krone 1397/98, in: DA 52 (1996), S. 599–615.

Luxemburger spielten für ihn dynastische Erwägungen in der Gestaltung der Westbeziehungen des Reiches eine zumindest mitentscheidende Rolle.

Politisch weitsichtiger als Wenzel, überschätzte aber auch Ruprecht seine Möglichkeiten, vor allem seinen Einfluß auf Frankreich. Allerdings hatte er sich für die Beziehung zu Frankreich eines neuen, gewagten diplomatischen Instrumentes bedient, auf das auch der Luxemburger Sigmund wieder zurückgreifen sollte. Angesichts der Zerwürfnisse zwischen den französischen Fürstenhäusern und ermutigt durch die Hoffnung auf Hilfe durch die wittelsbachische Gemahlin des kranken Karls VI., versuchte er, die Fürsten durch seine Bündnisangebote voneinander zu trennen, unter Umgehung des Orléans mit Berry, Bourbon und Burgund zusammenzuarbeiten. Durch seinen frühen Tod mußten Ruprechts Pläne erfolglos bleiben. Sie wären aber ohnehin an der wechselnden Parteienkonstellation in Frankreich gescheitert, da bereits 1402 Burgund mit Orléans zu einem vorübergehenden Ausgleich fand und der Herzog von Orléans nun den Einfluß des Wittelsbachers im Königreich Frankreich entscheidend zurückdrängte.

Noch in einer weiteren Hinsicht war Ludwig von Orléans eine Schlüsselfigur für die Frankreichpolitik des Reiches in jenen Jahren. Ein besonderer Konflikt mit Frankreich hatte sich bereits am Ende der Regierungszeit Karls IV. ergeben, diesmal auf dem gewichtigen Feld der dynastischen Beziehungen. Wie Kaiser Karl, so hatte auch Karl V. von Frankreich heiratspolitische Absichten auf die Krone Ungarns gerichtet, die nach dem Tod König Ludwigs an seine Töchter fallen würde. Maria war seit 1375 dem Luxemburger Sigmund versprochen, die älteste Tochter, Katharina hingegen dem Dauphin von Frankreich, Ludwig von Orléans.

Nach Katharinas plötzlichem Tod erwog die Witwe Ludwigs, die Ehe mit dem Dauphin an Maria übergehen zu lassen. Eine nicht nur das politische Einvernehmen, sondern auch die dynastische Bindung zwischen den Häusern Valois und Luxemburg gefährdende Konkurrenz stand bevor. Vielleicht um größeren Schaden abzuwenden, unternahm Karl um den Jahreswechsel 1377/78 in Begleitung Wenzels eine Reise nach Paris; es war seine letzte Auslandsreise und sie führte ihn an den Ort seiner Jugenderziehung zurück. Was genau die Absicht der Reise war, ob sie auch oder gar vordringlich mit der Konzilsfrage zu tun hatte oder aus den ungarischen Schwierigkeiten zu erklären ist, läßt sich nicht mehr feststellen. Auch von der Verleihung des Reichsvikariats im Arelat an den Dauphin könnte die Rede gewesen sein, wodurch die ungarischen Heiratspläne desselben einmal mehr politische Brisanz für das Reich erhalten hätten⁶¹. Ebenfalls fraglich sind die Erwartungen des französi-

61) HEINZ THOMAS, Frankreich, Karl IV. und das Große Schisma, in: »Bündnissysteme« und »Außenpolitik« im späteren Mittelalter. Hg. Peter Moraw (ZHF, Beiheft 5) Berlin 1988, S. 69–104, hier S. 89. DERS., Karl V. 1364–1380, in: Die französischen Könige des Mittelalters. Von Odo bis Karl VIII. 888–1498. Hg. JOACHIM EHLERS, HERIBERT MÜLLER, BERND SCHNEIDMÜLLER. München 1996, S. 285–302, hier S. 298–300. HOENSCH, Sigmund (wie Anm. 22), S. 41f. Zum Kaiserbesuch von 1378 in Paris bereite ich derzeit eine umfangreiche, separate Studie vor.

schen Hofes an den Kaiserbesuch. Fest stand lediglich, daß man zeremoniell sorgfältig darauf achten mußte, selbst den Kaiser nur im Rang eines Gastes des Königs erscheinen zu lassen, diesen aber – nach dem trotzigen Lehrsatz des Jean de Blanoet – ausdrücklich als *Rex Imperator in regno suo*.

9. TERRITORIUM, ALLIANZ UND VERMITTLUNG. DAS SPIEL MIT DEN MÖGLICHKEITEN

Wie sehr Sigmund, als zweiter Sohn Karls IV. seit 1410/11 deutscher König, von den Traditionen der Westpolitik seiner Vorgänger in seinen Handlungsmöglichkeiten beeinflusst war, ist bereits mehrfach deutlich geworden⁶².

Er vermied es, den Fehler Wenzels und Ruprechts zu wiederholen und widersprüchliche Allianzen einzugehen und stellte sich statt dessen den Herausforderungen der Konzilszeit, die zu seinem größten politischen Erfolg führen sollten, der Beendigung des Papstschismas durch die Wahl Martins V. auf dem Konstanzer Konzil 1417. Darin lag nicht nur eine kirchen- sondern wesentlich auch eine außenpolitische Leistung, für die ein erheblicher Aufwand an diplomatischer Vorbereitung und persönlichem Engagement des Königs erforderlich war. Nicht weniger als die Befriedung der vielfach zerstrittenen Fürsten des westlichen Europa und näherhin ein Abgleich der Obödienzen war eine unentbehrliche Voraussetzung jeder erfolgreichen Konzilsarbeit⁶³. Schon einmal, 1396 zur Verteidigung seines Königreichs Ungarn gegen die Türken, hatte Sigmund ein ähnliches Vorhaben durchsetzen können, die Einigung westlicher Regna auf ein gemeinsames Vorgehen. Mit dem Abschluß dieses Vorhabens, der Schlacht bei Nikopolis, war er freilich gescheitert.

Im notwendigen Erfolg des Konzils lag die vorrangige Absicht der Außenpolitik Sigmunds in seinen ersten Regierungsjahren. Auch die Gestaltung der Westbeziehungen des Reiches war dieser Absicht untergeordnet. Anders als seine Vorgänger, allenfalls vergleichbar Ruprecht von der Pfalz, sah sich Sigmund von Beginn einem starken internationalen Anforderungsdruck ausgesetzt. Im Unterschied vor allem zu Karl IV. konnte Sigmund wenig von sich aus gestalten und hatte zumeist auf äußere Umstände zu reagieren; seine vielfach unschlüssig und spontan wirkenden politischen Handlungen, gerade auch in der Westpolitik, sind vor allem aus diesem Umstand zu erklären.

Es war kaum Gelegenheit, die traditionellen luxemburgischen Westbeziehungen bedachtsam fortschreiben. Auch Sigmund hielt aber grundsätzlich an dieser Tradition fest;

62) Die im folgenden erwähnten Zusammenhänge sind ausführlich behandelt bei KINTZINGER, Westbindungen (wie Anm. 9), *passim*. Auf dort genannte Literatur- und Quellennachweise sei hier verwiesen.

63) Im Zusammenhang WALTER BRANDMÜLLER, Das Konzil von Konstanz 1414–1418 (Konzilsengeschichte). Bd. 1. Bis zur Abreise Sigmunds nach Narbonne. Bd. 2. Bis zum Konzilsende. Paderborn u. a. 1991, 1997.

bereits 1413 bestätigte er die Erbverträge Karls IV. und Wenzels mit Frankreich und dem Haus Valois. Von Beginn an bezog er auch die englische Option in seine Überlegungen ein; wahrscheinlich war schon der Vertrag mit Frankreich eine Reaktion auf den Regierungsantritt Heinrichs V. Im Folgejahr wagte er erneut, zu einem bereits von Ruprecht, wenn auch erfolglos gewählten Mittel zu greifen: der versuchten Parteinahme innerhalb der zerstrittenen französischen Fürstenhäuser. Vermutlich auf entsprechende Anfragen hin knüpfte er seit 1414 diplomatische Kontakte zu einer Fürstengruppe um den Herzog von Berry und den Dauphin, die eine vermittelnde Friedenspolitik verfochten und damit die Stellung ihres kranken Königs stützen wollten⁶⁴).

Es liegt nahe, daß eine auswärtige Politik, die auf derartige Anforderungen reagierte, pragmatisch vorgehen mußte und darin den Traditionen Karls IV. folgte. Im Gegensatz zu dessen Westpolitik aber war die pragmatische Außenpolitik Sigmunds wesentlich, wenn nicht ausschließlich auf Allianzverträge ausgerichtet und bot für dynastische Überlegungen wenig Raum. Daß Sigmund schon früh und im weiteren wiederholt die Verbindungen zwischen den Häusern Valois und Luxemburg formal bestätigte – und auch seinerseits keine vergleichbaren Kontakte nach England aufbaute – entsprach den Erwartungen der Partner der traditionellen luxemburgischen Westpolitik.

Auch diese Aktivitäten waren reaktiv, sie enthielten keine Aussagen zu politischen Handlungsabsichten und sie verschleierten zudem ein Problem, das Sigmund lange Zeit bedrängte: das Fehlen legitimer Erben. 1416 ging er dazu über, in der Annahme, kinderlos zu bleiben, die noch von Karl IV. vehement bekämpften französischen Interessen an einer Nachfolge in Ungarn zu unterstützen. Das für Vater und Großvater maßgebliche Instrument zur Gestaltung ihrer internationalen Politik im Westen wie im Osten Europas, die Heiratspolitik, war für Sigmund während der Jahre seines Engagements im Westen nicht verfügbar; erst mit der Geburt der Tochter Elisabeth aus zweiter Ehe 1409 konnte er sein Erbe sichern, das er durch Heirat an das Haus Habsburg übertrug.

Umso engagierter suchte Sigmund durch Bündnisse und bereitwillige Allianzwechsel seinem Ziel einer europäischen Befriedung näherzukommen – und wurde selbst unbewußt zum Spielball der Interessen anderer. Burgund und Orléans zogen ihn in ihren Konflikt hinein. Dessen Eskalation mit der wechselseitigen Ermordung der Herzöge von Orléans 1407 und von Burgund 1418 fand den römisch-deutschen König jeweils mit Entschlossenheit auf der Seite des Opfers und erklärtermaßen gegen die Partei der Friedensstörer gerichtet⁶⁵). Das taktische Spiel der französischen Fürsten, deren jeder sich gern mit der Autorität

64) KINTZINGER, Westbindungen (wie Anm. 9), S. 68–77.

65) Zur Situation in Frankreich GUENÉE, Meurtre (wie Anm. 59), passim. DERS., Un royaume et des pays: La France de Michel Pintoin, in: Identité régionale et conscience nationale en France et en Allemagne du moyen âge à l'époque moderne. Hg. RAINER BABEL, JEAN-MARIE MOEGLIN (Beihefte der Francia, Bd. 39). Sigmaringen 1997, S. 403–412. PAUL BONENFANT, Du meurtre de Montereau au traité de Troyes, in: ders., Philippe le Bon. Sa politique, son action. Hg. A.-M. BONENFANT-FEYTMANS (Bi-

des erwähnten Kaisers schmückte, ohne daraus politische Folgen ziehen zu wollen, konnte Sigmund trotz guter diplomatischer Vorarbeit kaum durchschauen. Soweit gingen die Möglichkeiten der Einsichtnahme in die inneren Verhältnisse des anderen Landes nicht.

Mehrfach wurde er von Bündnissen jener überrascht, die soeben noch miteinander gekämpft hatten, oder etwa von der burgundischen Bereitschaft, mit dem englischen Kriegsgegner der Krone Frankreichs gegen den inneren Rivalen Orléans zu paktieren, selbst um den Preis der erzwungenen Neutralität im Krieg. Auch seine Hoffnung auf die Partei der friedensbereiten Fürsten um den Herzog von Berry trug nicht. Hier gelang ihm noch der weiteste Einblick in die verworrenen politischen Strukturen Frankreichs, doch überschätzte er die Wirkungsmächtigkeit der Protagonisten. Daß die führende Köpfe der Fürstengruppe bis 1417 starben, einige von ihnen ermordet wurden und ihre Friedenspartei sich damit auflöste, schnitt schließlich jede weitere Gestaltungsmöglichkeit ab.

In derselben Zeit und aus anderen Gründen kam es zum Bruch mit jenen Fürsten des Reiches, die Sigmunds Westpolitik bis dahin wesentlich mitgetragen hatten, so Graf Wilhelm IV. von Hennegau, Holland und Seeland und Herzog Ludwig VII. von Bayern-Ingolstadt. Zugleich gelang es Sigmund 1417, die Wahl Martins V. und damit den Erfolg des Konstanzer Konzils sicherzustellen. Die Phase seiner intensiven Gestaltung der Westbeziehungen war damit beendet.

Enttäuscht hatte Sigmund zuvor darauf reagiert, daß seine Ansätze einer Befriedungspolitik innerhalb Frankreichs sowie zwischen Frankreich und England erfolglos geblieben waren. Mit erheblichem persönlichem Einsatz hatte er sich monatelang in Frankreich um Gehör bemüht, dabei das Konzil und seine sonstigen königlichen und territorialherrschaftlichen Belange vernachlässigt. Um eigener taktischer Vorteile willen waren ihm die Instrumentarien der schiedsrichterlichen Mediation, mit denen er angetreten war, aus der Hand geschlagen worden.

Keineswegs in einem spontanen Einfall, wie man lange meinte, sondern nach sorgfältiger Vorbereitung wechselte er daher 1416 die Seiten, ging selbst nach England und schloß mit Heinrich V. den Allianzvertrag von Canterbury gegen Frankreich. Hierin mag mehr gelegen haben als in den demonstrativen, vordergründigen englischen Bündnissen Karls IV. und Wenzels. Dennoch läßt sich bezweifeln, ob Sigmund es mit der unterzeichneten Beistandsverpflichtung gegen Frankreich politisch ernst gemeint haben kann. Außer dem Pfalzgrafen Ludwig, der dem englischen Hof verwandtschaftlich verbunden war, fand sich niemand unter den Reichsständen, der zu einem Krieg mit Heinrich von England gegen Frankreich gezogen wäre – auch der König nicht⁶⁶). Die gewachsene Bindung der Häuser

bibliothèque du moyen âge, Bd. 9) ND der Ausg. 1958, Paris/Brüssel 1996, S. 105–336.

66) KINTZINGER, Westbindungen (wie Anm. 9), S. 117. Hoensch, Luxemburger (wie Anm. 28), S. 250–252.

Valois und Luxemburg bewährte sich selbst noch in dieser Lage und trotz der politischen Verstimmungen; sie blieb eine Grundkonstante luxemburgischer Westbeziehungen.

Der Vertrag von Canterbury bestand fort und wurde später bestätigt, ohne jemals praktische Folgen gehabt zu haben. Nach dem Konzilerfolg 1417, im selben Jahr, in dem sich die Chancen einer weiteren Frankeichpolitik auf den gewählten Wegen zerschlagen hatten, setzte Sigmund seine diplomatischen Bemühungen im Westen nicht fort. Für Jahre war er im folgenden durch die hussitischen Unruhen in Böhmen gebunden, suchte dafür mit geringem Widerhall militärische Unterstützung im Westen und verlor ansonsten das Reich und seine Westbeziehungen weitgehend aus dem Blick. Erst in den letzten Jahren seiner Regierungszeit, nach 1430, zeigte er neue Ansätze, die aber ebenfalls nicht mehr auf Frankreich ausgerichtet waren. Wie seine Luxemburger Vorfahren entwickelte er Ambitionen zu einer eigenständigen Politik in Oberitalien, vor allem im Umfeld der Kaiserkrönung von 1433.

Auch Sigmund stand in dem Luxemburger Spannungsfeld zwischen den westlichen Stammländern, die sein Vater bereits politisch aufgegeben hatte, und dem östlichen Königreich Böhmen, von ihm seit 1420 beherrscht, sowie bereits seit 1387 noch ergänzt um das Königreich Ungarn. Wie seine Vorgänger, so konnte auch er kein verbindendes, personell getragenes Netz an Politik und Diplomatie über die entfernten Territorien seines Hauses legen. In Unterschied zu ihnen zog er nicht den Osten gegenüber dem Westen vor, sondern stellte sich den Herausforderungen jeweils an ihrem Ort und wurde phasenweise im Westen, dann im Osten, schließlich wieder im Westen Europas tätig.

Anders als Karl IV. entwarf Sigmund keine programmatische Außenpolitik, die nach selbst gewählten Zielen und Inhalten abgestimmt gewesen wäre. In geradezu virtuoser Pragmatik suchte er vielmehr jedes erreichbare Mittel zu nutzen, um die durch die Umstände vorgegebenen, übergeordneten Absichten zu erreichen.

Weniger die Zielsetzungen der Westpolitik, die er aus den internationalen Herausforderungen übernahm, als die Mittel ihrer Realisierung lassen dennoch eine eigene Handschrift Sigmunds erkennen, vor allem in dem hohen persönlichen Einsatz mit intensiver Reisetätigkeit und bis hin zur Politik der Herrscherbegegnungen sowie in der sorgfältigen diplomatischen Flankierung, die weit über das Maß der Vorgänger hinausging⁶⁷.

Hatte Karl IV. Reichspolitik als Luxemburger Hauspolitik betrieben und im Konfliktfall letzterer den Vorzug gegeben, so traten bei Sigmund beide Felder noch deutlicher auseinander. Ob seine Westpolitik den Anspruch haben kann, als Außenpolitik des Reiches zu gelten, bleibt nicht minder fraglich als bei Karl, wiederum aber nicht der Ziele, sondern der Mittel wegen. Aktivitäten wie diejenigen, die zum Vertrag von Canterbury geführt hatten, waren königliche Politik, nicht zwangsläufig auch Reichspolitik.

67) KINTZINGER, Westbindungen (wie Anm. 9), bes. Kap. 3: Familiares Regis und Gesandte. Diplomatie zwischen Gefolgschaft und Funktion.

Mit zuvor nicht erreichter Intensität gestaltete Sigmund zudem die königliche Politik nach außen als persönliche Politik des Monarchen. Monatelange Reisen zu Pferd 1415/16 durch Frankreich, bis an die Grenze nach Aragón, sodann bis nach Dover zur Einschiffung nach England sind nur ein Beispiel für das unmittelbare Engagement Sigmunds in der auswärtigen Politik⁶⁸). Vielleicht auch deshalb stützte er sich mehr als seine Vorgänger auf persönliche Vertraute aus den Reihen einflußreicher Reichsfürsten, so den erwähnten Ludwig VII. von Bayern-Ingolstadt und Bruder der französischen Königin Isabeau. Dessen Einfluß am Pariser Hof blieb allerdings auf die Person seiner Schwester und deren Umfeld beschränkt und ließ sich deshalb kaum wirksam für die Westpolitik Sigmunds instrumentalisieren. Derartige personelle Vernetzungen trugen vielfach seine Politik, machten sie aber auch abhängig. Weil Graf Wilhelm von Holland während der Englandreise Sigmunds 1416 darüber verärgert war, daß der König seine Tochter nicht in die gewünschten Erbrechte einsetzte, zog er die Schiffe zurück, mit denen Sigmund übergesetzt war und brachte diesen so in die Lage, bei Heinrich von England um Ersatz nachsuchen zu müssen.

Wichtiger für die personelle Trägerschaft der Westpolitik des Reichs unter Sigmund war der Aufbau einer in sich gegliederten *Familia Regis*, bei allen Unterschieden grundsätzlich organisiert nach dem Muster der französisch-burgundischen *Hôtels* oder des englischen *Royal Household*. Aus diesem mehrere hundert Personen umfassenden Reservoir weltlicher wie geistlicher, adeliger wie bürgerlicher Vertrauter des Königs, vom Boten bis zum Reichsfürsten, ließ sich gerade auch für auswärtige Gesandtschaften geeignetes Personal rekrutieren. Funktionell und/oder sozialständig qualifiziert, ermöglichten solche Gesandten nicht zuletzt, eine persönliche Brücke zu den Höfen und Fürsten anderer Reiche zu schlagen. Geheimdiplomatie stützte sich auf dieses Verfahren und führte dazu, daß herausragende Personen als Mehrfachfamiliaren Vertraute zweier Könige sein konnten⁶⁹). Eine selbständige, vom König unabhängige Außenpolitik betrieben allerdings die *Familiars* nicht; sie handelten stets im Auftrag. Unabhängig und durchaus auch gegen die Interessen des Königs agierten hingegen die Reichsfürsten, wenn sie eigene politische oder dynastische Kontakte zu auswärtigen Höfen unterhielten oder auch deren Subsidienszahlungen entgegennahmen. Der französische wie auch der englische Hof verwendeten durchaus umfangreiche Mittel, um sich einzelne Reichsfürsten als Parteigänger zu erhalten. In solchen

68) Zum Itinerar Sigmunds ausführlich Itinerar König und Kaiser Sigismunds von Luxemburgs 1368–1437. Hg. JÖRG K. HOENSCH (Studien zu den Luxemburgern und ihrer Zeit, Bd. 6) Warendorf 1995, bes. die Karten im Anhang und die Aufstellung der Reiserouten S. 154–163.

69) FRIEDRICH BERNWARD FAHLBUSCH, Hartung von Klux. Ritter König Heinrichs V. – Rat Kaiser Sigmunds, in: *Studia Luxemburgensia*. Festschrift Heinz Stob. Hg. FRIEDRICH BERNWARD FAHLBUSCH, PETER JOHANEK (Studien zu den Luxemburgern und ihrer Zeit, Bd. 3) Warendorf 1989, S. 67–81. Zu Sigmunds Englandpolitik, auch in diplomatiegeschichtlicher Hinsicht und zu den personellen Verflechtungen grundlegend: REITEMEIER, Außenpolitik (wie Anm. 9), passim. KINTZINGER, Westbindungen (wie Anm. 9), passim.

Verfahren bestand dann zwar eine territorialfürstliche Außenpolitik mit Auswirkungen für das Reich, nicht aber Außenpolitik des Königs oder gar des Reiches.

Richtungweisend in der Westpolitik waren für Sigmund die Kircheneinheit, die europäische Befriedung, der Kampf gegen Türken und Hussiten – nicht eigentlich die Bedürfnisse des Reiches, aber auch nur bedingt diejenigen seines Hauses. Von der westlichen Ritterkultur, wie sie noch seinen Großvater bewegt hatte, war bei Sigmund lediglich die Neigung zu festlicher Repräsentation geblieben. Sie erlaubte ihm, durch zeremonielle Akte im Rahmen der gemeinsamen Traditionen westlicher Adelskultur zu agieren, bei Herrscherbegegnungen vor allem in England und bei seinen zahlreichen Akten von Nobilitierungen, die er innerhalb wie außerhalb seines eigenen Machtbereichs vollzog. Wenig Neigung zeigte er hingegen für Turnierkämpfe und auch als Feldherr vermochte er nicht zu überzeugen. Wann immer er in der Rolle eines ritterlichen Fürsten außerhalb des Reiches akzeptiert wurde – wiederum vornehmlich in England, weniger in Frankreich –, suchte man damit eine repräsentative Erhöhung der eigenen Position und Absichten zu erreichen, weniger eine wirkliche Akzeptanz des erwählten Kaisers als Vertreters ritterlicher Tugenden auszudrücken.

Ritterkultur war für Sigmund offenkundig zunächst ornamentales Beiwerk. Eine politisch gewichtige Funktion fiel ihr dann zu, wenn sie allein in der Lage war, Kommunikation mit den Höfen der westeuropäischen Nachbarn herzustellen oder diplomatische Aktivitäten zu flankieren. Indem Sigmund bewies, daß er dieses Instrument zu handhaben wußte, zeigte er sich in Luxemburger Tradition als Repräsentant der westlichen Adels- und Hofkultur und erreichte seine Adressaten aus demselben Milieu. Daß er selbst, wie schon sein Vater, nicht mehr in diesem Milieu lebte, es aber beherrschte und zu instrumentalisieren wußte, kam seinen praktischen politischen Absichten zugute.

Ein besonders eindrückliches Beispiel dafür findet sich in dem für Außenstehende anscheinend ungeplanten – und bislang stets so gedeuteten – Ritterschlag für einen Bürgerlichen, der im Pariser Parlement gegen einen Ritterbürtigen um die Verleihung einer Sénéchausée stritt⁷⁰). Sigmund, 1416 als Gast des Königs herumgeführt, nahm auf dessen Thronsessel Platz und nobilitierte den Betreffenden – ein ungeheurer Affront gegenüber den Vorrechten des Königs von Frankreich. Dessen Anspruch, als Herrscher seines Reiches kaisergleichen Rang zu beanspruchen, war verletzt worden, und eben deshalb wurde Sigmund bei seiner Schiffslandung in England wenig später durch den Bruder des Königs und noch bevor er englischen Boden berührt hatte, mit gezogenem Schwert und den Worten empfangen wurde, er dürfe England nur betreten, wenn er als Gast käme und nicht versuchen wolle, Herrschaftsrechte auszuüben. Einmal mehr wird deutlich, daß solche Tradition der Adelskultur international angewendet und verstanden wurden.

Bei aller entschieden vorgebrachten Kritik von Zeitgenossen an dem Vorgang im Pariser Parlement hätte doch das Schweigen des Hofes auffallen müssen. Dort wußte man es bes-

70) KINTZINGER, Westbindungen (wie Anm. 9), S. 277–288.

ser: Es handelte sich bei dem Nobilitierten um einen Gefolgsmann jener Fürstenpartei, mit der Sigmund in diesen Jahren zusammenarbeitete und die ihrerseits den König stützte. Der Mann war als Gesandter zuvor auch am Hof Sigmunds gewesen und ihm persönlich bekannt und der aufsehenerregende Akt im Parlement von langer Hand geplant. Was als Usurpation königlicher Rechte, allenfalls als Relikt ritterlichen Habitus eines erwählten Kaisers erscheinen mochte, war wohlüberlegte Diplomatie.

Die Politik des Territoriums und des Hauses Luxemburg betrieb Sigmund zugleich entschlossen weiter und sie bildete einen insgesamt durchaus zentralen Strang seiner Beziehung zu Frankreich und den Fürsten der Grenzregion, stets allerdings gelöst von den übergreifenden Bemühungen um die Befriedung des westlichen Europa. Anders als die Verzichtspolitik Karls IV. in bezug auf das Herzogtum Luxemburg und die unbedachte, aber umso schwerwiegendere Pfandpolitik Wenzels bemühte sich Sigmund, Luxemburg wieder für sein Haus und damit für das Reich zu gewinnen. Gerade in der Endphase seiner Regierungszeit, schwerpunktmäßig in Böhmen und Oberitalien engagiert, trat er politisch und mit dem Instrumentarium des Lehnrechts den Vorstößen Burgunds in der westlichen Grenzregion des Reiches entgegen⁷¹). Es ging ihm dabei offensichtlich um die gesamte Region, nicht nur um Luxemburg, und in allen Fällen um eine Auseinandersetzung mit den expansiven Ansprüchen des burgundischen Herzogs. Vor allem deshalb belehnte Sigmund 1434 den gegen Burgund stehenden René von Anjou mit dem Herzogtum Lothringen. Man erinnerte sich noch daran, daß er bereits 1425 die Söhne des Herzogs von Brabant, der mit dem Haus Burgund verwandt war, wegen Entfremdung des Reichslehens Brabant vor die Schranken seines Lehngerichts zitiert hatte. Wiederum griff er zu Verfahrensformen aus dem Reservoir der höfischen Tradition, um praktische Politik zu gestalten. Dauerhafte Erfolge blieben allerdings aus und Sigmund konnte die durch seine Vorgänger eingeleitete Entwicklung, die 1441 mit dem Verlust Luxemburgs für das Reich enden sollte, nicht aufhalten. Darin zeigte sich zugleich ein Vorbote künftiger Entwicklungen unter seinen Habsburger Nachfolgern. Hingegen war es ihm gelungen – wie auch schon seinem Vorgänger Ruprecht –, durch dilatorische Behandlung die Vergabe des Reichsvikariats im Arelat, wie sie von Karl IV. vorgenommen und von Wenzel bestätigt worden war, nicht zu erneuern. An dieser Stelle setzte Frankreich nach Sigmunds Tod 1437 erneut an.

10. DEUTSCHLAND UND DER WESTEN. ENDE ODER NEUBEGINN?

Wohl nur der frühe Tod Albrechts II., Schwiegersohn und Nachfolger Sigmunds als römisch-deutscher König, verhinderte eine Fortschreibung der Luxemburger Politik in der Grenzregion zu Frankreich. Durch den schon unter Sigmund bewährten Kanzler Kaspar

71) KINTZINGER, Westbindungen (wie Anm. 9), S. 332–339.

Schlick wurden Verhandlungen um das Arelat geführt, die in erster Linie auf Erhaltung der Reichszugehörigkeit achteten⁷²). Wenn auch vergeblich, so hatten Albrecht und nach dessen Tod seine Witwe Elisabeth Wert gelegt auf den Schutz Luxemburgs vor burgundischen Übergriffen und zu diesem Zweck sogar zu dem bewährten Instrument internationaler Heiratsvorhaben gegriffen. Albrecht war indessen das problematische Verhältnis von Zusammenspiel und Widerspruch zwischen der luxemburgischen Dynastie- und Reichspolitik bewußt; er versuchte deshalb, die Konflikte um Luxemburg offiziell zur Reichsangelegenheit zu erheben. Darin wie in seinem Anspruch, als kaiserlicher Mediator für eine Friedenspolitik in Europa wirken zu können, folgte er auffällig den Vorgaben Sigmunds und den Traditionen seiner Luxemburger Vorgänger. Durch seine schiedsrichterlichen Ambitionen stand er zugleich für die Reste höfischer Kultur des Westens, die allerdings schon seit Sigmunds Zeiten, jedenfalls im internationalen Rahmen, politisch weitgehend wirkungslos blieben.

Es waren jene Auseinandersetzungen um die deutsch-französische Grenzregion, die wenig später das seit dem Übergang zum 14. Jahrhundert im ganzen ausgeglichene Kräfteverhältnis dauerhaft zu Gunsten der westlichen Nachbarn zu verschieben begannen. Nutznießer war vor allem der Herzog von Burgund, nicht der König von Frankreich, welcher sogar dem Reich gegen Burgund beistand. Nicht mehr nur rechtliche und politische Vorstöße, sondern militärische Übergriffe auf Reichsterritorien in der Grenzregion häuften sich seit 1439 und führten im Gegenzug zur Entstehung einer bis dahin nicht erreichten Einigkeit unter den Reichsständen, erstmals auch zu der Vorstellung nationaler Selbstverteidigung gegen auswärtige Aggressoren. Vor allem in Herzog Karl dem Kühnen erwuchs dem Reich eine grundlegende Bedrohung, jetzt erstmals nicht von Osten, sondern von Westen vgetragen und auch seit langem zum ersten Mal wieder mit einem Kronanspruch im Reich verbunden. Diese Phase endete nicht vor 1473, als Kaiser Friedrich III. entsprechende Verhandlungen mit dem Burgunder abbrach. Nicht eine Westpolitik des Reiches ist darin zu sehen, sondern die Verteidigung von Reichsinteressen gegen eine auf das Reich gerichtete Interessenpolitik des Westens, allerdings nicht Frankreichs, sondern Burgunds. Es bleibt offen, welche Entwicklung ohne den plötzlichen Tod Herzog Karls 1476 zu erwarten gewesen wäre.

Friedrich III. hatte zweifellos Anteil an der Abwehr der burgundischen Aggressionen. Auch er forderte den Lehnseid des Burgunders für die von ihm gehaltenen Reichslehen. Ähnlich wie seine Luxemburger Vorgänger wußte er allerdings auch, Reichspolitik und dynastische Absichten in der Theorie zusammenzudenken und in der Praxis auseinanderzuhalten. Ungeachtet der politisch-militärischen Konfliktlage schloß er für das Haus Habs-

72) GÜNTHER HÖDL, Albrecht II. Königtum, Reichsregierung und Reichsreform 1438–1439 (Forschungen zur Kaiser- und Papstgeschichte. Beihefte zu J.F. Böhmer, Regesta Imperii, Bd. 3). Wien/Köln/Graz 1978, S. 140–145.

burg mit Burgund Freundschaftsverträge, um schließlich erfolgreich eine Eheschließung zwischen seinem Sohn Maximilian – der später als letzter Ritter gepriesen werden sollte – und der burgundischen Erbtöchter Maria vorzubereiten. An der Dominanz der dynastischen Politik hatte sich also beim Übergang der Reichsherrschaft von den Luxemburgern auf die Habsburger wenig geändert. Wenn auch Friedrich zugestanden werden muß, unter den gegebenen dramatischen Umständen und im Einvernehmen mit den Ständen tatsächlich eine Außenpolitik des Reiches im Westen betrieben zu haben, so verfolgte er doch gleichzeitig und durchaus auch unabhängig von den Bedürfnissen des Reiches die Interessen seines Hauses⁷³).

Die politischen Westbeziehungen des Reiches im Spätmittelalter waren durchgängig von dem Verhältnis zwischen Haus- und Reichspolitik geprägt. Sie ruhten stets auf engen dynastischen Bindungen vor allem nach Frankreich und sie waren in erster Linie Frankreichpolitik. Daß zwischen Reichspolitik und dynastischen Absichten bisweilen Divergenzen auftauchten konnten, änderte nichts an dieser Konstellation. Falls es Spannungen zu lösen galt, optierte man zumeist für die Dynastie und gegen das Reich.

Absichten und Ziele der Westpolitik waren bei alledem vermittelt, ausgedrückt und repräsentiert – mitunter auch verdeckt – durch die tradierten Verfahrensformen der westlichen Hof- und Adelskultur. Als unentbehrliche Instrumente internationaler Kommunikation wurden sie deshalb von allen Herrschern angewandt. Die Unterschiede lagen im Detail, dem stärkeren oder schwächeren Rückgriff auf dynastische oder Bündnispolitik, dem erreichten Grad an Programmatik oder Pragmatik. Unter Friedrich III. änderten sich die Verhältnisse in vieler Hinsicht. Die beschriebenen Konturen der Westpolitik des Reiches blieben aber erhalten.

73) Zur Bewertung des Verhältnisses von dynastischer und Reichspolitik bei Friedrich III.: KRIEGER, Habsburger (wie Anm. 39), S. 214f. PAUL-JOACHIM HEINIG, Kaiser Friedrich III. (1440–1493). Hof, Regierung und Politik (Forschungen zur Kaiser- und Papstgeschichte des Mittelalters. Beihefte zu J.F. Böhmer, Regesta Imperii, Bd. 17) Köln/Weimar/Wien 1997, S. 574, 1153 u. ö.